

Hubert Kleinert

Ein Versuch, mir und anderen den Nahostkonflikt zu erklären

Wenn man die Wurzel des Nahostkonflikts erklären will, muss man nicht unbedingt bis zu Moses und die israelitischen Reiche von David und Salomon zurückgehen. Wohl aber in die Zeit der römischen Herrschaft in Palästina. Denn die Niederschlagung des jüdischen Aufstands in den Jahren 66-73 n.Chr. und die Zerstörung des Tempels in Jerusalem lieferte den Anlass für den Exodus der Juden aus ihrem „gelobten Land“. Tausende von Juden sollen damals entlang der Straßen von Jerusalem gekreuzigt worden sein. Damit begann die Zeit der jüdischen Diaspora.

Ein halbes Jahrhundert später wurden nach dem sog. „Bar-Kochbar“-Aufstand erneut Tausende getötet oder als Sklaven verkauft. Das biblische Judäa wurde von den Römern in Syria Palestina umbenannt, um jede Erinnerung an jüdische Königreiche zu tilgen.

Nach dem Übertritt von Kaiser Konstantin zum Christentum begann im 4. Jhd. die Christianisierung der Region. Dann kamen die Muslime. 638 wurde Jerusalem von der Armee des zweiten Kalifen erobert. 691 errichteten die Muslime den Felsendom auf dem Tempelberg. Im Laufe des 8. Jhd. war die Mehrheit der ansässigen Bevölkerung zum Islam konvertiert. Das bis dahin gesprochene Griechisch wurde vom Arabischen verdrängt.

Mit den Kreuzzügen entstanden ab Ende des 11. Jhd. christliche Kreuzfahrerstaaten. Darunter war das Königreich Jerusalem. Der Felsendom wurde jetzt zu einem christlichen Heiligtum umgewandelt. 1187 besiegte Saladin ein Kreuzfahrerheer und besetzte Jerusalem. Kirchen und Tempel wurden in Moscheen umgewandelt. Die Kreuzritter mussten sich ins nördliche Palästina zurückziehen. 1291 ging der letzte christliche Stützpunkt verloren.

Die jetzt regierenden Mamelucken wurden 1516 von den Osmanen besiegt. Für die folgenden 400 Jahre wurde Palästina wie Ägypten und Syrien Teil des osmanischen Reiches. Dabei wurden den wenigen verbliebenen christlichen und jüdischen Gemeinden gewisse Autonomierechte zugebilligt.

Palästina war bis in die Neuzeit hinein nur sehr dünn besiedelt. Anfang des 19. Jhd. lebten hier etwa 300.000 Menschen. Darunter waren 90% muslimische Araber, 20-30.000 Christen und 7-10.000 Juden. Vor dem Beginn der jüdischen Einwanderung gab es 1881 knapp 500.000 Einwohner, darunter über 400.000 Muslime, aber nur etwa 10-15.000 Juden und 70-80.000 Christen.

In den 1880er Jahren begann der französische Baron Rothschild, sich für den aufkommenden Zionismus (vgl. unten) einzusetzen. Er erwarb Grundstücke in Palästina und übergab 1889 25.000 Hektar palästinensischen Agrarlands samt der darauf befindlichen Ansiedlungen an die inzwischen entstandene „Jewish Colonisation Association“.

1. Die Juden in Europa

Die übergroße Mehrheit der Nachkommen der biblischen „Israeliten“ lebte im Mittelalter in Europa. Zunächst lebten sie vornehmlich auf der iberischen Halbinsel und im Frankenreich Karls des Großen. Die Andersartigkeit ihrer religiösen Sitten und Gebräuche führte freilich rasch zu Ressentiments und Ablehnung. Juden wurden nicht zu den christlichen Handwerkerzünften zugelassen. Da zugleich den Christen untersagt war, anderen Christen gegen Zinsen Geld zu leihen, entstand hier eine Nische, die von den Juden genutzt wurde, die dann als Geldverleiher tätig wurden. Daraus aber wurde bald das Feindbild des „geldgierigen Juden“, das ja bis in die heutige Zeit durchaus verbreitet ist. Beim Durchzug der Kreuzfahrerheere kam es dann zu den ersten nachgewiesenen Pogromen gegen die jüdischen „Gottesmörder“.

Trotz mancher Schutzbemühungen der Kaiser verschlechterte sich fortan die Lage der Juden in Europa. Immer häufiger wurden die „Jesusmörder“ zu Sündenböcken für Katastrophen und für Seuchen gemacht, die man sich nicht erklären konnte. Als 1347 die Pest ausbrach und innerhalb von zehn Jahren ein Drittel der europäischen Bevölkerung dahinraffte, hieß es, die Juden hätten die Brunnen vergiftet. In der Folge kam es zu den schlimmsten Verfolgungs- und Vernichtungsaktionen in der Geschichte des Judentums vor der Shoah.

1492 wurden die sog. sephardischen Juden aus Spanien vertrieben. Viele Juden suchten jetzt in Polen Schutz. Hier lebten bald zwei Drittel der europäischen Juden. In Städten wie Krakau, Vilnius, Lemberg und vielen anderen entstand dann die lange Jahre typische jüdisch-osteuropäische Kultur mit ihren Shteteln, in denen jiddisch gesprochen wurde. Im 18. Jhd. lebten bereits 1,5 Mio Juden in Osteuropa. Im Gegensatz zu den „sephardischen“ Juden des Westens, die sich stärker mit der sie umgebenden christlichen Kultur vermischten, sonderten sich die „aschkenasischen“ Juden Osteuropas stärker von der ihnen feindlich gesonnenen christlichen Umwelt ab. Viele Juden in Ostpolen und der Ukraine arbeiteten als Händler und kleine Geschäftsleute, Wirte und Steuereintreiber, was sie in eine Mittelstellung zwischen der herrschenden Schicht des Adels und der bäuerlichen Bevölkerung brachte. In Verbindung mit der religiösen, sprachlichen und kulturellen Absonderung führte das zu offener Feindseligkeit.

Dies gilt besonders auch für die Ukraine. So war der Aufstand des Kosakenführers Chmelnitzki 1648/49 nicht nur gegen den polnischen Adel und den Klerus gerichtet, sondern auch gegen die Juden. Etwa 20.000 von ihnen sollen dabei umgebracht worden sein. Trotz wiederkehrender Pogrome aber wuchs die jüdische Bevölkerung dort weiter an. Vor dem deutschen Überfall auf Polen 1939 lebten dort 3,4 Mio Juden. Weitere 4 Mio lebten im europäischen Territorium der damaligen Sowjetunion. Besonders der Westen der heutigen Ukraine war stark jüdisch geprägt (z.B. Lemberg, wo die Juden mehr als 30% der Bevölkerung ausmachten). In Minsk betrug der jüdische Anteil sogar 52%.

2. Die Juden in Deutschland

Für die Juden im heutigen Deutschland sind jüdische Gemeinden schon für die karolingische Zeit nachweisbar. Für das 11. Jhd. findet sich eine Zahl von ca. 20.000. In diese Zeit fallen die ersten Synagogen und jüdische Friedhöfe. Spezielle Judenquartiere und Judengassen in den Städten sollen weniger aus Zwang denn aus praktischen Gründen wie z.B. dem Sabbatgebot entstanden sein. Ab dem 12. Jhd. findet sich eine starke Präsenz der Juden im Kreditgeschäft.

Mit den Kreuzfahrern, deren Gebaren in mancherlei Hinsicht an heutige Islamisten erinnert, beginnen die ersten Pogrome. Danach entstand ein Sonderrecht für Juden, die sog. „Kammerknechtschaft“. Sie definierte Juden als „Kammerknechte“ des Kaisers. Dieser Status garantierte ihnen zwar Schutz von Leben und Eigentum, begründete aber zugleich ein Sonderrecht, das mit Sondersteuern und dem Verlust persönlicher Freiheit verbunden war.

Das Konzil von 1215 schrieb eine Kennzeichnung der Juden mit einem „Judenhut“ oder dem „gelben Fleck“ an der Kleidung vor. Der Judenstern ist insoweit keine Erfindung der Nazis. Das Rechtsbuch „Schwabenspiegel“ verlangte 1275 eine klare Trennung von Juden und Christen im Alltag. Üblich aber wurde diese erst im Laufe des 14. Jhd. Im 13. Jhd. kamen auch erstmals Gerüchte über angeblich von Juden begangene Ritualmorde in Umlauf. 1336-1339 zogen süddeutsche Banden, die sich aus bäuerlichen wie städtischen Unterschichten rekrutierten, durchs Land und ermordeten ca. 5000 Juden.

Die Pogrome in der Folge der Großen Pest in der Mitte des 14. Jhd. erfasste 85 der 350 Städte mit jüdischen Einwohnern. Im Elsass wurde die Hälfte aller jüdischen Siedlungen ausgelöscht, am

Mittelrhein sogar die Mehrheit. Nach den Pogromen wurden die Juden zwar wieder in den Städten aufgenommen, aber nun zu schlechteren Bedingungen. Ihre Aufenthaltsberechtigung war jetzt oft nur auf wenige Jahre beschränkt und wurde mitunter auch nicht verlängert. Zugleich wurden weitere Sondersteuern eingeführt.

Immer wieder gab es Anlässe zu neuen Verfolgungen, so während der Hussitenkriege des 15. Jhd. Aus Köln wurden die Juden 1424 komplett vertrieben; erst 1798 durften sie sich dort wieder ansiedeln. Analog verfuhr man in Mainz, Nürnberg, Regensburg und München. Nach einem sog. „Hostienschänderprozess“ wurden in Berlin 1510 38 Juden auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Auf dem Reichstag zu Speyer beklagten sich die Juden bei Kaiser Karl V. über Misshandlung und Verfolgung. Erwähnt wurden hier auch die judenfeindlichen Schriften von Martin Luther. Karl V. verlieh daraufhin den Juden diverse Schutzrechte. Sie sollten ungestört ihren Geschäften nachgehen können.

Für 1600 wird eine Zahl von 10.000 Juden in Deutschland genannt. Allein 3000 von ihnen lebten in Frankfurt. Hier kam es 1614 zu einem regelrechten Aufstand und zur Plünderung des Judengettos. Anführer der Aufständischen war ein Bäckermeister. Mitunter genossen freilich sog. Hofjuden als Finanziers der Landesherrn besondere Privilegien. Sie blieben freilich stets unsicher, besonders dann, wenn Nachfolger den Thron bestiegen.

Nach dem 30jährigen Krieg verbesserte sich die Lage der Juden. Das gilt vor allem für die katholischen Gebiete. Seit 1648 waren die Juden direkt dem Landesherrn unterstellt, der mit Judenordnungen das Zusammenleben mit der christlichen Mehrheit regelte. In einer solchen Ordnung war z.B. in Brandenburg bzw. dann Preußen die Höchstzahl der Kinder geregelt. Wurden es mehr, mussten die überzähligen Nachkommen auswandern. 1714 wurde in Berlin die Synagoge eröffnet.

Um die Mitte des 18. Jhd. lebten 60-70.000 Juden im „Alten Reich“. Freilich blieb auch zu dieser Zeit jüdisches Leben höchst unsicher, wie z.B. die Hinrichtung des Hofjuden Süß Oppenheimer 1738 in Württemberg zeigt. Oppenheimer war ein am Hofe des Landesherrn mit der Finanzierung des Hofes befasster Kaufmann gewesen. Das Schicksal von „Jud Süß“ bildete die Vorlage für eines der übelsten filmischen Machwerke der Nazizeit.

Die französische Revolution brachte dann auch die Emanzipation der Juden. Und durch den Code Civil wurden die Juden auch in den deutschen Rheinbundstaaten gleichgestellt – mit wenigen Einschränkungen. 1812 wurden auch die preußischen Juden preußische Staatsbürger. Eine Reihe von Sondergesetzen aber schränkten nach 1815 diese Gleichstellung wieder ein. Die Vorstellung eines „christlichen Staats“ ließ Juden in Führungspositionen nicht zu. So waren z.B. Hochschulprofessuren bis 1848 Juden nicht zugänglich. Jüdische Schriftsteller wie Heinrich Heine oder Ludwig Börne emigrierten nach Frankreich. 1819 kam es in 80 Städten und Ortschaften des damaligen Deutschen Bundes zu antijüdischen Krawallen. Der erste jüdische Ordinarius an einer deutschen Universität wurde erst 1859 ernannt.

Vollständig gleichberechtigte Bürger wurden die Juden erst mit der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871. Jetzt rückten sie auch in hohe gesellschaftliche Positionen auf. Bismarcks Bankier Bleichröder war Jude. Der gesellschaftliche Antisemitismus war freilich nicht überwunden. 1879 löste der Historiker Heinrich Treitschke mit seinem Satz „Die Juden sind unser Unglück“ den Berliner Antisemitismusstreit aus. Akademisch gebildete Juden gingen in dieser Zeit in die freien Berufe, während Armee und Justiz ihnen verwehrt blieben. Daneben entwickelte sich jetzt ein jüdischer Mittelstand von kleinen Geschäftsinhabern, aber auch von Industriellen.

In diesen Jahren blühten die jüdischen Gemeinden auf. Es entstanden jüdische Vereine, die auf die Assimilation mit der Mehrheitsgesellschaft setzten. Gleichzeitig aber entstanden auch Gegenbewegungen – auch in Form antisemitischer Parteien. In dieser Szene verbreiteten sich die antisemitischen Rassenlehren im Anschluss an die Rassentheorien des Franzosen Graf Gobineau. Mit der Deutschkonservativen Partei hat 1892 erstmals eine der damals großen Parteien solche Positionen aufgegriffen. Der erste bekennende Antisemit im Deutschen Reichstag stammte übrigens aus unserer Region. Es war der in der UB beschäftigte Otto Böckel von der Deutsch-Sozialen Partei, der 1887 den Wahlkreis Marburg-Frankenberg gewann.

Im Ersten Weltkrieg dienten etwa 100.000 Juden im Deutschen Heer. Darunter waren lediglich 150 Offiziere. Das Fortbestehen antisemitischer Ressentiments zeigte sich u.a. in der 1916 durchgeführten „Juden zählung“. Dahinter stand die Vorstellung, Juden könnten „Drückeberger“ sein.

Äußerst folgenreich wurde dann die Diffamierung der Juden als Träger der Revolution von 1918/19. Sie hätten den militärischen Sieg hintertrieben („Dolchstoßlegende“). Bald wurde die Weimarer Republik von rechts als „Judenrepublik“ diffamiert. Dabei waren gerade fünf von 200 Ministern in den Jahren von Weimar Juden. In rechten Kreisen bis zur DNVP wurde der Antisemitismus gesellschaftsfähig. Die meisten studentischen Burschenschaften kannten schon vor 1933 einen Arierparagraphen. Die Ermordung des jüdischen Außenministers Walter Rathenau durch Rechtsterroristen 1922 wurde in breiten Kreisen der Rechten durchaus gebilligt („Knallt ab den Walter Rathenau, die gottverdammte Judensau“).

Alles in allem aber brachte die Weimarer Zeit deutliche Verbesserungen für die gesellschaftliche Stellung der Juden in Deutschland. Im Prinzip standen ihnen jetzt alle Karrierewege offen. Dabei wurde Berlin zum Zentrum des jüdischen Lebens. Hier wohnte ein Drittel der 560.000 Juden, die 1925 in Deutschland beheimatet waren. Ihre Gesamtzahl war seit Beginn des 20. Jahrhunderts rückläufig, was vor allem an häufigeren Übertritten zum Christentum lag. Zum Zeitpunkt der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten lebten ca. 500.000 Juden in Deutschland.

4. Antijüdische Pogrome in Osteuropa und die Entstehung des Zionismus

Nachdem das Judentum im Nahen Osten von den Kreuzrittern fast vollständig ausgerottet worden war, lässt sich schon im 12. Jahrhundert unter den Juden in Europa eine wachsende Sehnsucht nach „Eretz Israel“ erkennen. Nach der Vertreibung der Juden aus Spanien und Portugal nahm das Osmanische Reich viele Flüchtlinge auf.

Schon im 17. Jahrhundert versuchten immer wieder größere Gruppen von Juden, in das „gelobte Land“ auszuwandern. Sie sammelten sich meist um Rabbiner, die den Beginn eines neuen messianischen Zeitalters verkündeten. Obwohl Oliver Cromwell 1655 das seit 1290 bestehende Ansiedlungsverbot für Juden in England aufhob, waren es wenig später englische Aufklärer wie Isaac Newton oder John Locke, die für die Idee einer jüdischen Besiedlung Palästinas eintraten. Um 1800 lebten freilich nur einige Tausend Juden in Palästina. Die Angaben schwanken zwischen 5000 und 10.000.

Im 19. Jahrhundert war es Henry Dunant, der Begründer des Roten Kreuzes, der für eine Ansiedlung der Juden in Palästina eintrat. 1857 gründete der Brite Moses Montefiore die erste jüdische Siedlung außerhalb der Altstadt von Jerusalem. Zuvor hatte er arabischen Großgrundbesitzern Land abgekauft.

Die meisten europäischen Juden aber lehnten zu dieser Zeit eine Auswanderung nach Palästina ab. Das orthodoxe Judentum betrachtete die Schaffung eines Judenstaates sogar als Gotteslästerung. Nur Gott könne die Juden aus der Diaspora befreien. Darauf aber hätten sie bis zur Ankunft des

Messias zu warten. Liberale Juden betrachteten sich ganz überwiegend als Staatsbürger ihrer jeweiligen Nationen und sahen zionistische Ideen eher als Gefährdung ihrer sozialen Assimilation in den verschiedenen europäischen Gesellschaften. Der Frühsozialist Moses Hess sprach 1862 als erster jüdischer Autor der Neuzeit den Gedanken einer jüdischen Nation im „gelobten Land“ aus. Hess galt später als Begründer eines zionistischen Sozialismus, aus dem dann die Kibbuz-Bewegung und die israelische Arbeiterpartei hervorgingen.

Ab 1881 kam es in Russland zu einer ganzen Welle grausamer antisemitischer Pogrome mit vielen Tausend Opfern. Sie bewirkten eine fluchtartige Auswanderung osteuropäischer Juden mit verschiedenen Zielen. Nur eine Minderheit drängte es freilich nach Palästina, wo sie Ackerbau und Viehzucht betrieben. Bis 1904 stieg die Zahl der Juden in Palästina auf etwa 25.000.

Als Schöpfer des Begriffs Zionismus gilt der aus Wien stammende Schriftsteller Nathan Birnbaum, der diesen Begriff in seiner Zeitschrift erstmals 1890 verwendet hat. Eigentlicher Begründer der zionistischen Weltbewegung aber war Theodor Herzl. Vor dem Hintergrund der Pogrome in Russland, des wachsenden deutschen Rassen-Antisemitismus und der antijüdischen Dreyfus-Affäre in Frankreich schrieb er das Buch „Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung“, das 1896 erschien. Er begründete seine Ideen weniger mit religiösen Motiven als mit dem vermeintlichen Scheitern der jüdischen Emanzipation gerade in den zivilisierten Ländern Europas. Der Antisemitismus werde nie verschwinden und die Bemühungen der Juden, sich zu assimilieren, würden ihn noch verstärken. Nur die Sammlung der Juden in einem Staat böte einen Ausweg. Dabei dachte er zunächst nicht unbedingt an Palästina. Auch Ostafrika oder Südamerika kämen in Frage. Bald aber konzentrierte sich alles auf Palästina.

Herzls Idee und sein Buch fanden gewaltige Resonanz. 1897 traten 200 Vertreter nationaljüdischer Vereine in Basel zum ersten Zionistenkongress zusammen. In der Folge gründete sich eine zionistische Weltorganisation. Ihr zentraler Programmsatz lautete: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“. Das Wort „Judenstaat“ wurde vermieden. Stattdessen war von einer „zweckdienlichen Förderung der Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden“ die Rede. In den folgenden Jahren versuchte Herzl, verschiedene Staatschefs von seinen Ideen zu überzeugen – ohne Erfolg.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts differenzierte sich der Zionismus in verschiedene Richtungen aus. Michael Brenner unterscheidet den religiösen, den sozialistischen, den revisionistischen und den allgemeinen Zionismus und sieht diese Richtungen noch heute im israelischen Parteienspektrum repräsentiert.

Nach 1900 entwickelte sich vor allem in Russland ein sozialistischer Zionismus, der dann die Kibbuz- und Arbeiterbewegung in Palästina prägen sollte. In der internationalen Arbeiterbewegung stieß er jedoch auch auf Widerspruch. Hier wurde den Zionisten vorgeworfen, das Problem des Antisemitismus dadurch lösen zu wollen, dass sie die Forderungen der Antisemiten nach Auswanderung erfüllen wollten, statt für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen, durch die dann auch dem Antisemitismus der Boden entzogen würde. Anders sahen das die „Revisionisten“ in der deutschen SPD. Eduard Bernstein begriff den Zionismus als emanzipatorische Bewegung gegen Unterdrückung und Diskriminierung. Er glaubte nicht daran, dass sich der Antisemitismus durch die Lösung ökonomischer Widersprüche beseitigen ließe.

Der „Kulturzionismus“ strebte nach einer grundlegenden Erneuerung der jüdischen Kultur als Voraussetzung für ein jüdisches Nationalbewusstsein. Für den religiösen Zionismus galt die Ansiedlung der Juden im gelobten Land als günstige Voraussetzung für die Einhaltung der jüdischen Gebote. Hier setzte sich jetzt die Auffassung durch, die durch die Propheten verheißene Erlösung der

Juden könne nur durch Selbsthilfe erreicht werden. Andere allerdings lehnten den Zionismus ab, weil der Versuch einer Wiederherstellung Israels durch die Menschen Blasphemie und Ketzerei sei. Sie müsse vielmehr bis zur Ankunft des Messias aufgeschoben werden. Für die Ideen des religiösen Zionismus engagierte sich Anfang des 20. Jahrhunderts auch der jüdische Baron Rothschild, der mehr als 50 Mio Dollar für die Besiedlung Palästinas ausgab. Der „revisionistische Zionismus“ war bürgerlich-antisozialistisch und nationalistisch orientiert.

Ein Großteil der westeuropäischen Juden lehnte den Zionismus bis 1933 ab. Liberal-bürgerliche Gruppen wie der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ hielten den Antisemitismus für überwindbar und einen Judenstaat für unnötig und utopisch. Sie befürchteten, zionistische Ideen könnten die Lage der europäischen Juden eher verschlechtern und kritisierten, dass der Zionismus genauso wie der Antisemitismus die Juden als Fremdkörper in den europäischen Staaten betrachte.

In Osteuropa lagen die Dinge etwas anders. Ausgelöst durch die Pogrome von Kischinew im heutigen Moldawien, von anhaltenden Verfolgungen in Russland nach dem russisch-japanischen Krieg und der gescheiterten Revolution von 1905, wanderten von 1904 bis 1914 40.000 meist junge russische Juden nach Palästina aus. Dort wuchs die jüdische Bevölkerung bis zum ersten Weltkrieg auf etwa 85.000 an. Jetzt förderte ein „jüdischer Nationalfonds“ gezielt diese Ansiedlungen. 1909 wurden die jüdische Kolonialbank und die Stadt Tel Aviv gegründet. Im gleichen Jahr entstand am See Genezareth der erste Kibbuz.

5. Die Balfour-Deklaration und der Beginn der arabisch-jüdischen Konflikte

Im ersten Weltkrieg gerieten die jüdischen Siedler zwischen die Fronten des Osmanischen Reiches auf der einen und Großbritanniens auf der anderen Seite. Chaim Weizman, inzwischen Chef der zionistischen Weltorganisation, erreichte 1917 die Zusage des britischen Außenministers Balfour, dass die britische Regierung die „Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ mit Wohlwollen betrachte und alles unternehmen wolle, um das Erreichen dieses Zieles zu erleichtern. Dabei sollten die Rechte der ansässigen nichtjüdischen Bevölkerung gewahrt bleiben.

1918 übernahmen die Briten die Kontrolle über Palästina; 1922 übertrug der Völkerbund ihnen auch offiziell das Mandat. Zunächst suchten die Zionisten das Einvernehmen mit den Arabern. 1919 schloss Weizman ein Abkommen mit König Faisal, in dem Syrien die weitere Ansiedlung von Juden akzeptierte. Weizman verzichtete auf eine autonome jüdische Regierung und sicherte Faisal zu, das Streben der Araber nach einem unabhängigen arabischen Staat zu unterstützen. Eine entsprechende Zusage hatte der britische Hochkommissar für Ägypten dem Vater von Faisal 1916 gemacht.

Die Vertreter der zionistischen Weltorganisation formulierten gegenüber den Briten 1919 ihre Vorstellung von einer jährlichen Zuwanderung von bis zu 80.000 Juden. Dazu sollte die Erlaubnis zum Aufbau eines hebräischen Bildungssystems und die bevorzugte Vergabe von unerschlossenem Land an Juden treten. Sie verzichteten gleichzeitig darauf, eine autonome jüdische Regierung zu fordern. Diese Vorstellungen wurden von Großbritannien und Frankreich akzeptiert.

Weil aber die Briten ihre Zusage für ein selbständiges Großarabien nicht einhielten, wandelte sich bald die Haltung der Araber zur Ansiedlung der Juden. Sie sahen diese jetzt als Ausdruck imperialistischer Politik der Briten. Die Ernennung des britischen Hochkommissars Samuel, der Jude war, verstärkte diesen Eindruck der Araber noch. Sie meinten jetzt, Briten und Juden hätten sich zu ihren Lasten verbündet.

So kam es 1921 zu den ersten blutigen Ausschreitungen. Araber griffen Juden an, plünderten jüdische Geschäfte und ermordeten Siedler. Daraufhin ließen die Briten die weitere jüdische

Einwanderung erst einmal stoppen. Ein Bericht des Hochkommissars sprach davon, dass die Umsetzung der Balfour-Deklaration von den „Rechten der ansässigen Bevölkerung“ abhängig sei. Gleichzeitig wurde der arabische Nationalist Mohamed Amin al-Husseini zum Groß-Mufti von Jerusalem ernannt. Dieser verbündete sich später mit den Nazis und lebte von 1941 bis 1945 in Deutschland. 1923 wurde das britische Mandatsgebiet in einen kleineren (Palästina) und einen größeren Teil (Transjordanien, später Jordanien) aufgeteilt.

In Deutschland blieb der Einfluss der Zionisten zunächst gering. 1932 gehörten nur 7.500 der mehr als 500.000 Juden einer zionistischen Organisation an. Die große Mehrheit wollte in Deutschland bleiben. Das änderte sich dann nach der Machtergreifung durch die Nazis. Schon bis Ende 1933 hatten 40.000 Juden das Land verlassen. Davon gingen 8000 nach Palästina. In den Jahren bis 1937 verließen jährlich etwa 25.000 Juden das Land. Bis zum Kriegsbeginn sind fast 250.000 ausgewandert. Zwischen 1933 und 1941, als Auswanderung dann definitiv nicht mehr möglich war, sind ca. 55.000 jüdische Emigranten aus Deutschland in Palästina eingewandert. Sie stellten damit ein Viertel der Gesamtzahl der Einwanderer in dieser Zeit.

Die von der britischen Kolonialmacht festgesetzte Einwandererquote für Palästina war zu dieser Zeit niedrig. 1929 war es in Hebron zu einem Massaker gekommen, bei dem 133 Juden getötet wurden. In der Folge verstärkte die jüdische paramilitärische Untergrundorganisation Haganah ihre Aktivitäten. Ein zwischen der Jewish Agency und der NS-Regierung geschlossenes Abkommen ermöglichte es allerdings, dass jüdische Auswanderer gegen Investitionen sich in Palästina niederlassen konnten, ohne dass das auf die Einwanderungs-Quote angerechnet wurde. Der wirtschaftliche Aufschwung, den Palästina durch den Flüchtlingszustrom erlebte, lockte dann auch arabische Einwanderer an.

1936 kam es zu einem Aufstand der Araber gegen die palästinensischen Juden. In der Folge legte die Besatzungsmacht 1937 einen Teilungsplan vor, der den Arabern den größeren und den Juden den kleineren Teil Palästinas geben wollte. Während die zionistische Weltorganisation zustimmte, lehnten die Araber ab. Sie wollten ganz Palästina zu einem arabischen Staat machen.

Danach entflammte der Aufstand erneut. Nach heftigen Abwehrkämpfen britischer Truppen, bei denen etwa 5000 Araber ums Leben kamen, musste der Großmufti fliehen. Die jüdische Hagana baute jetzt militärische Verbände zum Schutz der jüdischen Siedlungen auf. 1939 schränkte Großbritannien das für die Juden vorgesehene Gebiet weiter ein. In den folgenden fünf Jahren sollten nur noch jährlich 15.000 Juden einwandern dürfen.

Durch die Judenverfolgung und Judenvernichtung der Nazis, die sich nach 1939 auf nahezu den gesamten europäischen Kontinent ausweitete, verstärkte sich der Zuwanderungsdruck gewaltig. Zigtausende versuchten jetzt, mit Booten über die Donau und weiter durch den Bosphorus illegal ins Land zu kommen. Soweit sie es bis an die Küste Palästinas schafften, wurden sie von den britischen Behörden aufgebracht und in Internierungslager gesteckt. In vielen Fällen verbrachte man sie auch auf die Insel Mauritius.

Im Oktober 1941 erließ Heinrich Himmler ein allgemeines Auswanderungsverbot für alle Juden aus den von Deutschland kontrollierten Gebieten. Der bereits angelaufene Holocaust wurde den Alliierten schon 1941 bekannt, führte aber erst einmal nicht zu entsprechenden Maßnahmen. 1942 forderten die amerikanischen Mitglieder der zionistischen Weltorganisation und eine Gruppe um den späteren Staatsgründer Ben Gurion erstmals „die Tore Palästinas zu öffnen und dort ein jüdisches Commonwealth mit demokratischer Verfassung nach europäischem Vorbild“ einzurichten. Während die amerikanische Regierung 1944 mit dem „War Refugee Board“ wenigstens eine Regierungsstelle einrichtete, die NS-Opfern und Flüchtlingen helfen sollte, freilich wenig bewirkte, blieben die Briten bei ihrer abwehrenden Haltung gegenüber weiteren jüdischen Fluchtbewegungen nach Palästina.

Gleichwohl gab es 1945 etwa 500.000 palästinensische Juden. Von ihnen kämpften mindestens 30.000, nach anderen Quellen sogar bis zu 100.000, in den Einheiten der Alliierten gegen die Deutschen.

Im britischen Wahlkampf kurz nach Kriegsende versprach Churchill, Palästina aufzuteilen. Die Labour Party wollte sogar ganz Palästina in einen jüdischen Staat umwandeln. Davon war nach ihrem Wahlsieg 1945 dann nicht mehr die Rede; nur 1500 Juden im Monat sollten jetzt legal einwandern dürfen. US-Präsident Truman verlangte, sofort 100.000 Juden aufzunehmen. Die Weltorganisation der Zionisten forderte, dass wenigstens die überlebenden KZ-Insassen aufgenommen werden sollten. Innerhalb des zionistischen Lagers zeigten sich jetzt Differenzen: Während radikale Gruppen jetzt den offenen Widerstand gegen die britische Mandatsregierung verlangten, wollten andere Verhandlungen über einen binationalen Staat mit gleichen Rechten für Araber und Juden.

Ein binationaler Staat aber wurde von Ben Gurion und seinen Anhängern abgelehnt. Sie wollten den Überlebenden des Holocaust in einem territorial begrenzten jüdischen Staat sofort eine Zuflucht bieten. Die Araber lehnten einen binationalen Staat ebenfalls ab.

1946 kam es in Polen nach der Rückführung von 175.000 polnischen Juden aus der Sowjetunion zu schweren antisemitischen Pogromen. 95.000 flohen daraufhin nach Palästina. Die Hagana, der Mossad und die jüdische Brigade der britischen Armee organisierten ihre illegale Einwanderung. Die Briten ließen 50.000 von ihnen in die Lager für „Displaced Persons“ in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland zurückbringen; andere wurden auf Zypern interniert. Führende Zionisten in Israel wurden ebenfalls interniert.

In der Folge verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen den jüdischen Organisationen und der britischen Besatzungsmacht. Die Untergrund-Organisation Irgun, die schon 1937 beim Aufstand der Araber mit Anschlägen hervorgetreten war, richtete solche Anschläge jetzt gegen die Briten. 1946 wurde ein Anschlag auf das Hauptquartier der Briten im King David Hotel in Jerusalem verübt, bei dem 91 Menschen ums Leben kamen. Bei einem Massaker im April 1948 wurden mehr als 100 Araber umgebracht. Durch einen Vergeltungsschlag arabischer Freischärler starben vier Tage später 77 Juden. Kommandeur der Irgun war von 1943-1948 Menachem Begin, der später israelischer Ministerpräsident wurde und 1978 das Friedensabkommen mit Ägypten aushandelte. Nach der Staatsgründung 1948 wurde die Irgun aufgelöst. Der Terrorismus der Irgun wurde von der Haganah ebenso abgelehnt wie von Ben Gurion.

Die Unruhen setzten sich dann das ganze Jahr 1947 hindurch fort. Als dann im November ein UNO-Teilungsplan verabschiedet worden war, der die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates vorsah, nahmen sie noch weiter zu. Es begann ein regelrechter Bürgerkrieg zwischen arabischen Dorfmilizen, die von Söldnern unterstützt wurden, und den jüdischen Milizen von Haganah und Irgun. Die benachbarten arabischen Länder konnten zunächst nicht eingreifen, weil das britische Mandat noch nicht abgelaufen war und die britischen Truppen noch nicht vollständig abgezogen worden waren.

6. Die Gründung des Staates Israel

Am 14. Mai 1948 verlas David Ben Gurion in Tel Aviv die israelische Unabhängigkeitserklärung. Die USA erkannten den Staat noch am gleichen Tag an, die Sowjetunion drei Tage später. Am 15. Mai endete das britische Mandat. Am gleichen Tag griffen die Armeen Jordaniens, des Irak, Libanons, Ägyptens und Syriens Israel an. Mit Hilfe von Waffenlieferungen vor allem aus osteuropäischen Ländern – auch aus der Sowjetunion! – gewann Israel den folgenden Palästina-Krieg. 1950 verabschiedete das israelische Parlament das Rückkehrgesetz, das allen als jüdisch geltenden Personen das Recht auf die Niederlassung in Israel und die Staatsbürgerschaft des Landes zusicherte.

Der Plan über die Teilung Palästinas war am 29.11.1947 von der UNO-Generalversammlung angenommen worden. Danach sollten ein jüdischer und ein arabischer Staat auf dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina entstehen, wobei Jerusalem und Bethlehem unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten. Bereits im Februar 1947 hatte Großbritannien, das der ständigen Auseinandersetzungen müde geworden war, das Palästina-Problem an die UNO abgegeben. 33 Staaten stimmten für die entsprechende Resolution 181, darunter die USA, die Sowjetunion und Frankreich. 13 Staaten stimmten dagegen, darunter alle sechs arabischen Mitgliedsstaaten. 10 Staaten enthielten sich, darunter Großbritannien und Taiwan („Nationalchina“), damals noch UN-Mitglied und sogar als Vertretung Chinas im Sicherheitsrat.

Nach dem Teilungsplan hätten im israelischen Territorium ca. 500.000 Juden und 325.000 Nichtjuden gelebt. Der arabische Staat hätte 800.000 Nichtjuden und 10.000 Juden beheimatet. In der internationalen Zone hätten je 100.000 Juden und Nichtjuden gelebt. Es war vorgesehen, dass beide Staaten eine Zoll- und Währungsunion bilden und eine gemeinsame Infrastruktur für Wasser, Energie und Verkehr nutzen sollten.

Doch die arabischen Staaten wollten die Existenz Israels keinesfalls akzeptieren und griffen umgehend militärisch an. Jordanien wollte zudem die Gelegenheit nutzen, das Westjordanland zu annektieren. Nach dem Sieg Israels wurde durch Waffenstillstandsverträge mit den arabischen Angreifern vereinbart, dass Israel danach etwa 75% des ehemaligen britischen Mandatsgebiets umfassen sollte. Durch den Krieg hatte sich das israelische Territorium gegenüber dem UN-Teilungsplan um etwa ein Drittel vergrößert. Die Araber hatten das Gegenteil von dem erreicht, was sie hatten erreichen wollen. Das Westjordanland ging an Jordanien. Jerusalem wurde zwischen Israel und Jordanien geteilt. Die jüdische Klagemauer lag jetzt in Jordanien. Etwa 750.000 palästinensische Araber flüchteten während des Krieges oder wurden vertrieben. 600.000 arabische Juden wurden während oder nach dem Krieg aus arabischen Ländern vertrieben. Hier kam es jetzt auch zu Pogromen.

Der Palästina-Krieg von 1948 forderte auf israelischer Seite etwa 6000 Todesopfer, darunter 25% Zivilisten. Die Opferzahlen auf der arabischen Seite sind umstritten. Ungesicherten Angaben nach sollen es etwa 12.000 gewesen sein. Rund zwei Drittel der arabischen Flüchtlinge blieben im ehemaligen britischen Mandatsgebiet; 40% im Westjordanland, 25% im Gaza-Streifen, der jetzt zu Ägypten gehörte. Auch israelische Truppen waren an Vertreibungen beteiligt. Eine Strategie organisierter Vertreibung gab es jedoch nicht. Inwieweit von einer Mitverantwortung Israels für die Massenflucht auszugehen ist, ist unter Historikern umstritten.

Auf israelischem Territorium verblieben starke arabische Minderheiten etwa in Jaffa oder Haifa. Bis zur Jahrtausendwende in 2000 machten sie etwa 20% der Bevölkerung in Israel aus. Die Araber vertrieben die jüdischen Einwohner, etwa aus dem östlichen Teil Jerusalems. Weit schlimmer aber waren die Übergriffe in der arabischen Welt. Die israelische Luftwaffe musste 1950 43.000 Juden aus dem Jemen ausfliegen.

Insgesamt sind zwischen 1948 und 1970 etwa eine Million arabischer Juden aus den arabischen Ländern geflohen – die meisten nach Israel. Dies sorgte auch für Spannungen mit den aus Europa eingewanderten Juden, die in der Regel besser ausgebildet und vermöglicher waren. Israel lehnte nach dem Krieg eine Rückkehr der geflüchteten Araber zunächst ab. Nach einem UN-Beschluss, der dies verlangte, erklärte man sich aber bereit, 2-300.000 von ihnen aufzunehmen. Das aber lehnten die arabischen Länder ab.

Während Israel die jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern zu integrieren suchte, verweigerten die arabischen Staaten ganz überwiegend die Integration der Palästinenser in ihre Gesellschaften. Nur Jordanien machte sie zu Staatsbürgern. Durch diesen Ausschluss blieben sie von

wirtschaftlichen Chancen, Bildung und Eigentumsaufbau weitgehend ausgeschlossen. 2010 lebten 1,4 Mio von inzwischen 4,8 Mio palästinensischen Arabern noch immer in Lagern.

Den Waffenstillstandsabkommen nach dem Palästina-Krieg folgten keine dauerhaften Friedensregelungen. Kein arabischer Staat schloss einen Friedensvertrag mit Israel oder akzeptierte sein Existenzrecht. Offizielle Regierungskontakte wurden von den Arabern aus Angst vor Gesichtsverlust gegenüber der eigenen Bevölkerung vermieden. Entlang der Grenze zu Jordanien kam es nach 1949 immer wieder zu kleineren militärischen Scharmützeln. Nach der Machtübernahme durch Nasser in Kairo operierten ägyptische Guerillakämpfer immer wieder gegen Israel. Zwischen 1949 und 1956 wurden 486 israelische Zivilisten durch terroristische Aktionen getötet.

Gleichwohl konnte Israel nach dem militärischen Sieg seine Staatlichkeit stabilisieren. Schmerzlich für die religiösen Juden war, dass Jordanien den Zugang zur Klagemauer in Jerusalem verbot. Die arabischen Regimes dagegen gerieten nach ihrer Niederlage innenpolitisch in Bedrängnis. 1952 putschte sich Oberst Nasser in Ägypten an die Macht. Vor allem unter seinem Einfluss wurde die schon nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete Arabische Liga, zu der neben Ägypten der Libanon, Syrien, Saudi-Arabien, Jordanien und der Jemen gehörte, zu einem richtigen Militärbündnis ausgebaut. Nasser war bald der unbestrittene Wortführer. Das Ziel seines „Panarabismus“ bestand in der Vereinigung des arabischen Kulturkreises zu einer einzigen großen islamisch-sozialistischen Nation. Zu seinem Selbstverständnis gehörte auch die Feindschaft zu Israel.

1956 spitzte sich der Konflikt zwischen Israel und Ägypten erneut zu. Israel sah sich zunehmender Angriffe der „Fedajin“ auf dem eigenen Territorium ausgesetzt. Die Fedajin rekrutierten sich aus palästinensischen Flüchtlingslagern, wurden in Ägypten ausgebildet und auch von Ägypten unterstützt. Die Angriffe kamen vor allem aus dem Gaza-Streifen. Ab 1953 schlug Israel mit Vergeltungsaktionen zurück.

7. Die Sues-Krise und die Sowjetunion als Faktor im Nahen Osten

Ägypten blockierte 1956 den Golf von Akaba, um den Sueskanal für israelische Schiffe zu sperren. Und nicht nur das: Nasser verstaatlichte auch noch die mehrheitlich britisch-französische Sueskanal-Gesellschaft. Der Sueskanal war für die britische Erdölversorgung von zentraler Bedeutung. Frankreich lag mit Nasser wegen der ägyptischen Unterstützung der algerischen Befreiungsbewegung FNL im Streit. Nach ergebnislosen Verhandlungen über die Zukunft des Sues-Kanals planten Briten und Franzosen, Nasser zu stürzen. Das Szenario dafür setzte auf eine aktive Unterstützung Israels. Israel sollte Ägypten im Gazastreifen und auf der Halbinsel Sinai angreifen. Dann sollten Briten und Franzosen durch einen als Vermittlungsmission getarnten Luftlandeangriff den Sues-Kanal besetzen und fortan dauerhaft kontrollieren.

Im Schatten des Ungarn-Aufstands begannen Briten und Franzosen am 31.10.1956 mit einem Bombardement ägyptischer Flughäfen. Gleichzeitig rückte Israel mit Bodentruppen auf der Sinai-Halbinsel vor. Bald war der Kanal erreicht.

Jetzt aber griffen die USA ein. Sie wollten einen Konflikt mit der Sowjetunion vermeiden. Sie brachten die Sache vor die UNO und zwangen Briten und Franzosen zum Rückzug und zu einem Waffenstillstand. Auch Israel musste sich zurückziehen. Auf dem Sinai stationierte die UNO eine Friedenstruppe. In der Folgezeit schaltete sich die Sowjetunion immer stärker in den Nahostkonflikt ein und unterstützte die arabischen Staaten.

Hatten die Sowjets die Gründung des Staates Israel zunächst noch unterstützt und gab es unter den führenden sowjetischen Kommunisten relativ viele Juden, so änderte sich schon bald die

Grundrichtung der Politik in Moskau folgenreich. Im Rahmen einer neuerlichen stalinistischen Säuberungswelle sahen sich zu Beginn der 1950er Jahre auch die Juden in der Sowjetunion als „Kosmopoliten“ und „Zionisten“ wachsender Verfolgung ausgesetzt. Die angebliche „Ärzteverschwörung“ bot Stalin den Anlass für eine mehr oder weniger offen antisemitische Verfolgungskampagne, die erst mit seinem Tod ein Ende fand. Antisemitisch grundiert waren auch zahlreiche Schauprozesse, die zu Beginn der 1950er Jahre in anderen sozialistischen Ländern geführt wurden. Bekanntestes Beispiel dafür ist der Schauprozess in der CSSR 1952 gegen Rudolf Slansky. Auch in der DDR wurde der Jude Paul Merker aus der SED-Führung entfernt. Diese „antizionistische“ Wende drückte sich bald auch in der wachsenden Unterstützung für die arabischen Staaten aus. Besondere Unterstützung genoss Nassers Ägypten.

1959 gründete sich unter der Führung des ehemaligen Bauunternehmers Yassir Arafat die Palästinenserorganisation Fatah, die bald zur wichtigsten Gruppe in der 1964 geschaffenen PLO wurde. Obwohl Nassers Panarabismus mit dem Scheitern und der Auflösung des von ihm maßgeblich betriebenen Staatenbundes von Ägypten und Syrien („Vereinigte Arabische Republik“) einen Rückschlag erlitt, konnte der ägyptische Staatschef seine Führungsrolle in der arabischen Liga behaupten. Er hielt unverändert daran fest, dass Israel unbedingt beseitigt werden müsse. In dieser Zeit Anfang der 1960er Jahre trugen die UN-Friedenstruppen in Gaza und auf dem Sinai erheblich dazu bei, dass die bewaffneten Konflikte deutlich zurückgingen. Die UN-Verbände sollten ja dafür sorgen, dass möglichst keine Aktionen der Fedajin gegen Israel mehr stattfanden.

8. Der Sechstagekrieg

1964 begann Israel damit, Wasser aus dem Jordan für sein Kanal- und Leitungssystem abzuzweigen. Dies war für die wachsende landwirtschaftliche Bewirtschaftungsfläche notwendig. 1965 aber folgten Maßnahmen der Araber zur Umleitung von Quellflüssen des Jordan, durch die Israel etwa ein Neuntel seines gesamten Wasserhaushalts zu verlieren drohte. Dies führte bald zu gewaltsamen Grenzkonflikten. 1966 kam es auch zu Zusammenstößen mit der jordanischen Armee. Ende 1966 endeten Geheimverhandlungen, die die israelische Regierung mit dem jordanischen König Hussein geführt hatte. Husseins Thron war in akuter Gefahr, weil Palästinenser und ein Teil der eigenen Militärführung gegen derartige Verständigungsversuche rebellierten. Die USA versuchten, Hussein zu stützen. Man hoffte, der König sei zu einer Anerkennung Israels bereit – vergeblich. Der in Bedrängnis geratene Hussein befahl in der Folge die landesweite Mobilmachung.

Ägyptens Präsident Nasser war zu dieser Zeit schon entschlossen, Israel anzugreifen. Er glaubte, mit den Waffenlieferungen aus der Sowjetunion und der zahlenmäßigen Überlegenheit seiner Armee könne er mit einem militärischen Sieg rechnen.

Auch die Konflikte der Israelis mit Syrien verschärfen sich wieder. Auch dabei spielte das Wasserverteilungssystem eine Rolle. Immer häufiger wurden israelische Dörfer von den syrischen Golanhöhen aus beschossen und kam es zu Artillerieduellen und Grenzzwischenfällen. Auch Syrien wurde immer stärker von der Sowjetunion unterstützt. Das Land unterstützte auch massiv die Aktionen palästinensischer Freischärler.

Im Mai 1967 verschärfte sich die antiisraelische Rhetorik der Araber. Am 27. Mai verkündete Nasser: „Unser Ziel ist die Vernichtung Israels. Das ägyptische Volk will kämpfen“. Zuvor bereits hatte ein ägyptischer Truppenaufmarsch begonnen. Während israelische Militärs und Politiker noch uneins waren, ob Nasser wirklich angreifen wollte, verlangte Nasser bereits am 17. Mai den Abzug der UN-Truppen auf dem Sinai. Das geschah umgehend. Unmittelbar vor einem Gespräch mit UNO-Generalsekretär U Thant schloss Ägypten die Straße von Tiran im Süden des Sinai für israelische Schiffe, die Erdölimporte ins Land brachten. Am 25. Mai forderte Nasser Syrien, Jordanien, den Irak

und Saudi-Arabien dazu auf, ihre Truppen an Israels Grenzen zu stationieren. Bald waren dort 250.000 Soldaten, 2000 Panzer und 700 Kampfflugzeuge aufgeboden.

In dieser Lage entschlossen sich die Israelis zu einem Präventivschlag. Am 5. Juni folgte ein Überraschungsangriff der Luftwaffe auf alle ägyptischen Flugplätze. Die meisten der 385 Maschinen sowjetischer Bauart wurden am Boden zerstört. Auch die syrischen und jordanischen Luftstreitkräfte wurden dezimiert. Dadurch erlangte Israel eine vollständige Luftüberlegenheit. Die Araber besaßen praktisch keine Luftunterstützung mehr.

Am folgenden Tag rückten israelische Truppen auf dem Sinai vor. Sie bereiteten den Ägyptern eine vernichtende militärische Niederlage. Sie mussten ihre Truppen über den Sues-Kanal zurückziehen. Am 7. Juni rückten die Israelis in Ostjerusalem und ins Westjordanland ein. Nachdem die Syrer von den Golanhöhen aus israelische Dörfer beschossen hatten, stürmten israelische Verbände am 10. Juni die strategisch so wichtigen Höhen an der Grenze. Nach sechs Tagen Krieg waren die arabischen Kriegsparteien schwer geschlagen.

Am 11. Juni wurde ein Waffenstillstand unterzeichnet. Israel hatte jetzt die ganze Sinai-Halbinsel, das Westjordanland, den Gaza-Streifen, die historische Altstadt von Jerusalem mit der Klagemauer und die Golanhöhen in seinem Besitz. Die Sinai-Halbinsel wurde nach dem Vertrag von Camp David 1982 an Ägypten zurückgegeben. Verhandlungen mit Syrien über die Golanhöhen scheiterten mehrfach. 2005 zog sich Israel aus dem Gaza zurück. Das Westjordanland („West-Bank“) gehört heute zum Territorium der palästinensischen Autonomiebehörde.

Trotz der schweren Niederlage beschloss die Gipfelkonferenz der arabischen Staaten in Khartum im August 1967 eine Resolution, die festlegte „Kein Frieden mit Israel, keine Verhandlungen mit Israel, keine Anerkennung Israels“. Am 22.11.1967 beschloss die UNO die berühmte Resolution 242, die das Recht jedes Staates der Region betont, „innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben“. Zugleich wurde Israel aufgefordert, sich „aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“, zurückzuziehen. Dem ist Israel teilweise nachgekommen (vgl. oben). Formell annektiert wurde freilich nur Ost-Jerusalem.

Das Waffenstillstandsabkommen von 1967 definierte bis 1973 die israelischen Grenzen. Die Terroranschläge aus Ägypten hörten auf, die vom jordanischen und vom syrischen Gebiet gingen stark zurück. Es gelang aber radikalen Palästinensern, Stützpunkte in Jordanien und dem Libanon zu halten.

Mit dem Ergebnis des Sechstageskrieges beginnt auch das umstrittenste Kapitel der israelischen Politik überhaupt. Es beginnt die Ansiedlung jüdischer Siedler im Westjordanland. Oft, nicht immer, national-religiös motiviert, gründeten israelische Juden solche Siedlungsgemeinden im historischen jüdischen Kernland von Judäa und Samaria auf der Westbank. Obwohl z.B. Moshe Dayan schon 1970 davon gesprochen hatte, dass man durch „Wehrdörfer“ neue Tatsachen schaffen sollte, war das zunächst kein erklärtes Ziel israelischer Politik. Bis 1977 waren es nur etwa 2000 Juden, die sich dort ansiedelten. Erst nach der Regierungsübernahme des Likud-Blocks unter Menachem Begin ist die Zahl rapide angestiegen. 1993, zum Beginn des Oslo-Friedensprozess, lebten schon über 100.000 Juden in der West Bank. Bis 2010 ist diese Zahl bis auf 300.000 angewachsen, inzwischen sind es über 400.000. Verschiedene israelische Regierungen haben den Siedlungsbau auch durch staatliche Kredithilfen gefördert. Dabei trieben und treiben diese Siedler nicht nur religiöse oder nationale Motive. Es gab und gibt auch ganz unpolitische Motive von „Wirtschaftssiedlern“ auf der Suche nach besserer Lebensqualität fernab der dicht besiedelten Küstenstädte Israels.

Diese Siedlungen sind oft illegal entstanden. Verschiedene israelische Regierungen haben sich dazu durchaus unterschiedlich verhalten. Aber selbst wenn der Siedlungsaufbau eigentlich verhindert

werden sollte, haben die Behörden oft tatenlos zugesehen und sind der Konfrontation mit den Siedlern aus dem Wege gegangen. So ist die Siedlungsbewegung über die Jahrzehnte schließlich auch zum Macht- und Einflussfaktor in der israelischen Innenpolitik geworden. Natürlich musste das zum großen Problem bei jeder Verhandlungslösung über einen Palästinastaat auf der Westbank werden.

Aus israelischer Sicht eindeutig legal war dagegen die Ansiedlung von jüdischer Bevölkerung in Ostjerusalem. Seit 1980 gilt dieser bis 1967 jordanische Teil des religiösen Zentrums des Judentums als Teil Israels, in dem heute ca. 220.000 Juden leben (so kommt Herrmann in der FAS von heute zu der Zahl 670.000).

Völkerrechtlich ist die Besiedlung des von Israel 1967 besetzten Gebietes von Anfang an mindestens äußerst umstritten gewesen. Die Genfer Konvention von 1949 legt fest, dass die Besatzungsmacht keinesfalls Teile ihrer Bevölkerung in das besetzte Gebiet umsiedeln darf. Die ganz große Mehrheit der internationalen Gemeinschaft – auch Deutschland und die USA – sieht hier die Anwendbarkeit dieser Konvention als gegeben an. Israel hält dagegen, dass das Westjordanland nach dem Ende des britischen Mandats 1948 niemals Teil eines souveränen Staates gewesen sei. Jordanien hatte das eigentlich für den Palästinenserstaat vorgesehene Gebiet im Palästinakrieg 1948 einfach annektiert.

Auch auf dem Sinai und in Gaza entstanden nach 1967 jüdische Siedlungen. Sie sind allerdings nach der Räumung der Sinai-Halbinsel 1982 und dem Rückzug aus Gaza 2005 vollständig aufgegeben worden.

9. Die PLO wird zum wichtigen politischen Faktor

Die PLO erhielt in dieser Zeit gewaltigen Zulauf. 1968 begannen Fraktionen der PLO mit Flugzeugentführungen und Geiselnahmen, die auch westliche Fluglinien und Flugplätze betrafen. Diese Strategie war ebenso mörderisch wie insofern „erfolgreich“, als sich die Weltöffentlichkeit bald sehr viel stärker mit der Situation der arabischen Palästinenser zu beschäftigen begann. Zugleich entdeckten große Teile der marxistisch-antiimperialistisch geprägten Neuen Linken im Westen in der PLO einen wichtigen Teil des weltweiten „Kampfes gegen den US-Imperialismus“. Die USA galten hier als eine Art Steigbügelhalter des Zionismus und Israel gewissermaßen als ihr Stellvertreter im Nahen Osten.

Das hat auch die deutsche Öffentlichkeit beeinflusst. Nachdem im Sechstagekrieg hierzulande noch eine Sympathiewelle vorgeherrscht hat und in der BILD-Zeitung des israelfreundlichen Axel Springer der israelische Oberbefehlshaber Moshe Dayan noch mit dem „Wüstenfuchs“ Erwin Rommel verglichen worden war, kühlte die Unterstützung in den Folgejahren deutlich ab. Das betraf keineswegs nur Leute wie Ulrike Meinhof, die in den Israelis sogar die „neuen Nazis“ sah und sich mit ihren Kampfgenossen von der RAF 1970 in Ausbildungslagern der Palästinenser für den bewaffneten Kampf in Deutschland ausbilden ließ. Es galt auch für den späteren Außenminister Joschka Fischer, der 1969 als Mitglied einer SDS-Delegation beim PLO-Kongress in Algier auftrat. Trauriger Höhepunkt dieser schlimmen Abirrung von Teilen einer Generation, die in besonderer Weise von der Auseinandersetzung mit ihren Nazi-Vätern und –Müttern geprägt war, war der Brandanschlag auf die jüdische Synagoge in Westberlin, der im November 1969 hochwahrscheinlich von einer Gruppe um den Ex-Kommunarden Dieter Kunzelmann ausgeführt worden ist (vgl. Wolfgang Kraushaar). Kunzelmann wurde später Abgeordneter für die Berliner AL (damals praktisch die Grünen in Westberlin).

Nasser hatte durch die schwere Niederlage im Sechstagekrieg viel von seinem Renomee verloren. Nach seinem Tod 1970 richtete sein Nachfolger Sadat die Politik gegenüber Israel stärker an ägyptischen Interessen als am „Panarabismus“ aus, der mit Nassers Tod an Bedeutung verlor. In Jordanien häuften sich in dieser Zeit die Konflikte zwischen König Hussein und der PLO, die drohte,

eine Art „Staat im Staate“ zu werden. Diese Auseinandersetzungen, die in einem gescheiterten Attentatsversuch auf Hussein mündeten, führten schließlich im September 1970 zur gewaltsamen Vertreibung der Palästinenser aus Jordanien durch die Armee. Dabei sollen 3000 bis 5000 PLO-Kämpfer getötet worden sein. Der „schwarze September“ wurde dann zum Namensgeber für das Terroristenkommando, das zwei Jahre später den Überfall auf die israelische Olympiamannschaft in München unternahm.

Besonders gefährlich war aus Husseins Sicht die „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) unter Führung von Wadi Haddad und George Habbasch. Mitglieder der PFLP, eine der damals acht Untergruppen der PLO, von der sich zeitweise noch radikalere Gruppen abspalteten, sind seit 1968 für zahlreiche Terrorakte verantwortlich gewesen, z.B. für die Entführung einer EL AL-Maschine 1968, für das Attentat auf dem Züricher Flughafen 1969 bis zu einer koordinierten Aktion, als im September 1970 gleich vier Flugzeuge entführt und später zerstört wurden. In der Regel sollten die Entführungen auch dazu dienen, die Freilassung von in Israel einsitzenden Terroristen zu erzwingen, was fast immer misslang. 1972 wurden auf dem Flughafen Lod in Israel 26 Menschen ermordet. 1976 entführte die Hadad-Gruppe unter Beteiligung von zwei deutschen Mitgliedern der „Revolutionären Zellen“ ein aus Israel kommendes Air France-Flugzeug nach Entebbe. Ein Einsatzkommando der israelischen Armee konnte die Terroristen überwältigen und 102 Israelis befreien. Die nichtjüdischen Fluggäste hatte man nach einer gründlichen Selektion zuvor freigelassen.

1977 entführte ein Kommando der Haddad-Gruppe, inzwischen eine Abspaltung von der PFLP, die Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf ihrem Flug von Mallorca nach Frankfurt nach einer Odysee über verschiedene Flughäfen im Nahen Osten bis nach Mogadischu. Die Aktion diente der Unterstützung der deutschen RAF, nachdem diese durch die Entführung von Arbeitgeberpräsident Schleyer die Regierung Schmidt nicht dazu hatte veranlassen können, die inhaftierten Terroristen Baader, Ensslin usw. freizulassen. Die Aktion endete mit der Befreiung der 86 Geiseln durch die deutsche GSG 9.

Am 5. September 1972 hatte der Terroranschlag auf das Quartier der israelischen Olympiamannschaft während der olympischen Spiele in München die Welt erschüttert. Zentralfigur bei der Vorbereitung des Anschlags, der von einem Kommando „Schwarzer September“ durchgeführt wurde, war Abu Daoud, Angehöriger der PLO. Bei der Vorbereitung des Anschlags, bei dem elf israelische Sportler und Trainer ums Leben kamen – neun davon bei einem skandalös dilettantisch durchgeführten Befreiungsversuch deutscher Sicherheitskräfte -, sollen auch deutsche Rechtsextremisten beteiligt gewesen sein. So jedenfalls machen es nach einem SPIEGEL-Bericht von 2012 die Akten des Bundesamts für Verfassungsschutz deutlich.

Die drei überlebenden Terroristen wurden schon wenige Wochen nach dem Terroranschlag durch eine Flugzeugentführung freigespresst. 1999 behauptete Abu Daoud, Arafat sei informiert gewesen und habe die Aktion in München abgesehen. Später hat er das wieder dementiert. Auch Abbas, der noch heute Chef der palästinensischen Autonomiebehörde ist, soll davon gewusst haben. Wirklich geklärt wurde das nie.

Im Februar 1969 war Yassir Arafat Chef der 1964 auf Betreiben von Nasser gegründeten „Palästinensischen Befreiungsfront“ (PLO) geworden. Er war schon zuvor Chef der militanten Al Fatah, der größten der in der PLO zusammengeschlossenen Gruppen. Der bewaffnete Kampf gegen Israel bildete fortan den zentralen Punkt im Grundsatzprogramm der PLO. Von dieser Zeit an lässt sich dezidiert von einem palästinensischen Nationalismus sprechen, der das Ziel eines – damals – säkularen arabischen Staats in den Grenzen des alten britischen Mandatsgebiets von 1920 vorsah. Das schloss das Territorium Israels ausdrücklich ein. Nach der Vertreibung der PLO aus Jordanien bildete der Libanon fortan ihre neue Operationsbasis. Die Präsenz der PLO-Kämpfer im Libanon wurde dort dann bald zum Auslöser eines blutigen Bürgerkriegs, in dem sich PLO-Verbände

Feuergefechte mit einheimischen Milizen lieferten. Deshalb war die PLO im Libanon bei vielen Einheimischen – Moslems wie Christen – zunächst regelrecht verhasst und fand der israelische Einmarsch 1978 sogar Unterstützung.

1974 erkannte die Arabische Liga die PLO als einzige rechtmäßige Vertretung der Palästinenser an. Kurz darauf zog die UNO nach und verlieh der PLO einen Beobachterstatus.

10. Der Jom-Kippur-Krieg

Ägypten und Syrien betrachteten nach 1967 die Rückeroberung der verlorenen Gebiete als vorrangiges Ziel. Direkte Verhandlungen mit Israel aber lehnten beide ab. Der neue ägyptische Staatschef stand dabei unter großem innenpolitischen Druck. Syriens Präsident Assad hatte die Armee stark aufgerüstet. Andere arabische Staaten blieben dagegen zurückhaltender. König Hussein von Jordanien war durch die Ereignisse vom September 1970 eher zum Gegner von Syrien und der PLO geworden.

Sadat aber setzte auf Krieg. Die Sowjetunion, Bündnispartner und militärischer Ausrüster Ägyptens, war im Zuge der Entspannungspolitik nicht an einer neuerlichen Eskalation interessiert. So wuchsen die Spannungen zwischen Kairo und Moskau. Im Sommer 1972 mussten die 20.000 Militärberater aus der Sowjetunion Ägypten verlassen.

Am 12. September 1973 legten Sadat und Assad den Angriffstermin fest. Hussein wurde nicht eingeweiht. Er flog sogar nach Tel Aviv, um die Israelis zu warnen. Die aber wollten ihm nicht recht glauben.

So traf der Angriff am 6. Oktober 1973, am Jom Kippur, dem höchsten Feiertag der Juden, Israel überrascht und unvorbereitet. 650.000 ägyptische und 150.000 syrische Soldaten standen 300.000 Israelis gegenüber. 4600 arabische Panzer standen gegen 1700 israelische, 1100 syrische und ägyptische Kampfflugzeuge gegen 500, die Israel aufbieten konnte.

In den ersten beiden Kriegstagen konnten die Truppen Syriens und Ägyptens vorrücken. Danach aber hatten die Israelis ihre Truppen vollständig mobilisiert und konnten die Angreifer wieder zurückschlagen. Bald waren die Syrer wieder vom Golan verdrängt. Israelische Truppen stießen bis kurz vor Damaskus vor. Gleichzeitig konnten sie auf dem Sinai zwischen zwei ägyptische Armeen durchbrechen und den Sues-Kanal überschreiten. Sie standen nur 120 km von Kairo entfernt, als am 24.10. ein von der UNO vermittelter Waffenstillstand in Kraft trat.

Unter dem Schock der anfänglichen arabischen Durchbrüche war in der israelischen Führung sogar der Einsatz von atomaren Gefechtsfeldwaffen erwogen worden. Nachdem US-Präsident Nixon und sein Außenminister Kissinger davon erfahren hatten, ordneten sie die massive militärische Unterstützung Israels an. Ein Atomwaffeneinsatz sollte unbedingt vermieden werden. Man fürchtete auch ein massives Eingreifen der Sowjets.

Obleich Israel auch in diesem Krieg militärisch siegreich blieb, kam es in der Folge dort zu einer innenpolitischen Krise. Die Regierung Golda Meirs hatte die Bedrohung kaum wahrgenommen und die eigene Armee für unschlagbar gehalten. Jetzt war man überrascht worden und hatte dazu 2500 Kriegstote zu beklagen. Die kritischen Debatten, die nun folgten, zwangen Golda Meir im April 1974 zum Rücktritt vom Amt der Premierministerin.

Für Sadat dagegen wurde der verlorene Krieg dennoch zum politischen Erfolg. Die Anfangserfolge seiner Truppen zeigten, dass sie als militärische Gegner ernst zu nehmen waren. Für die arabische Welt reichte das aus, um die „Demütigungen“ des Sechstagekrieges von 1967 zumindest teilweise wettzumachen. Ein Abkommen vom Januar 1974 brachte Ägypten die Kontrolle über den Sues-Kanal

zurück. Die Israelis zogen sich auf eine Linie etwa 10 km hinter dem Kanal zurück. 1975 wurde der Kanal wieder für die internationale Schifffahrt geöffnet. Acht Jahre hatte er nicht genutzt werden können.

Der Jom-Kippur-Krieg zog schließlich fast die ganze Welt in Mitleidenschaft. Denn er wurde zum Auslöser für die Ölkrise, mit der nicht nur in Deutschland die Zeit des Wirtschaftswunders zu Ende ging. Die erdölproduzierenden arabischen Länder verhängten gegenüber den USA ein totales Erdölembargo. Später wurde das auch auf die Niederlande ausgeweitet. Das führte zu einem gewaltigen Anstieg der Energiepreise, die eine Rezession mit gewaltigen Folgen für die Weltwirtschaft hervorrief.

11. Das Abkommen von Camp David

Völlig überraschend flog Ägyptens Staatspräsident Sadat 1977 nach Israel und hielt vor der Knesset eine versöhnliche Rede. Im Jahr darauf unterzeichneten Sadat und der israelische Ministerpräsident Begin ein von US-Präsident Carter vermitteltes Friedensabkommen. Beide Seiten verpflichteten sich zu Gewaltverzicht, Israel erklärte sich zum Abzug seiner Truppen von der Sinai-Halbinsel und zum Abbruch aller jüdischen Siedlungen dort bereit, Im Gegenzug erkannte Ägypten Israel offiziell als Staat an. Israelische Schiffe erhielten freie Durchfahrt durch den Sues-Kanal.

Begin und Sadat erhielten dafür den Friedensnobelpreis. Erstmals sei 1948 schienen sich Möglichkeiten für einen Friedensprozess in der Region zu öffnen. Im März 1979 wurde ein ägyptisch-israelischer Friedensvertrag unterzeichnet. 1981 aber wurde Amr Al Sadat von radikalen Islamisten erschossen. Der ägyptische Präsident hat seine Bereitschaft zur Aussöhnung mit dem Leben bezahlt.

Eine ähnliche Regelung wie mit Ägypten ist mit Syrien nie zustande gekommen. Syrien hatte sich stärker als Ägypten unter Sadat als Sprachrohr und Unterstützer der Palästinenser gesehen. Und weil Israel die Golan-Höhen faktisch annektiert hat, gab es auch kaum Möglichkeiten für einen Deal „Land gegen Frieden“ wie mit Ägypten. Obwohl Syrien sich bis heute als besonderer Sachwalter der palästinensischen Sache sieht, weigert es sich ebenso ausdauernd, die palästinensischen Flüchtlinge im Land als syrische Staatsbürger anzuerkennen.

12. Die israelischen Libanonkriege

Am 11. März 1978 drangen elf Terroristen der Fatah vom Libanon aus mit Booten über das Meer nach Israel ein. Sie mordeten 37 Menschen, darunter zehn Kinder und die Tochter eines amerikanischen Senators. Schon zuvor hatte es ähnliche Überfälle gegeben.

Als direkte Reaktion beschloss die israelische Regierung, der Bedrohung durch die PLO von Libanon aus durch eine Militäration ein Ende zu setzen. Mit der folgenden „Operation Litani“ drangen 25.000 israelische Soldaten in den südlichen Teil des Libanon ein. Die PLO musste sich aus diesem Gebiet zurückziehen. Dabei kam es auch zu Übergriffen israelischer Soldaten auf arabische Zivilisten. Auch einige Gefangene sollen erschossen worden sein. Eine Reihe israelischer Soldaten wurde vor Gericht gestellt.

Der UNO-Sicherheitsrat verlangte umgehend den Rückzug der israelischen Verbände und schickte UN-Truppen in den Libanon. Die Israelis zogen sich tatsächlich im Laufe des Jahres zurück, übergaben aber ihre Stellungen weitgehend der sog. „südlbanesischen Armee“, die vor allem aus libanesischen Christen bestand. Diese attackierten in der Folgezeit wiederholt die UNO-Truppen. Die wurden freilich auch von der PLO angegriffen. So versank der Libanon seit Ende der 1970er Jahre in einen Bürgerkrieg, in den bald auch syrische Einheiten eingriffen. Syrien befürchtete den staatlichen Zerfall des Libanon, vor allem aber ein Bündnis zwischen den christlichen Milizen und Israel. 1981 drangen

die PLO-Kämpfer wieder in den Süden vor, wo sie drei Jahre zuvor von der israelischen Armee herausgedrängt worden waren.

Am 7. Juni 1982 griff Israel militärisch ein. Die Operation trug den Namen „Frieden für Judäa“. Es war der erste arabisch-israelische Konflikt, den Israel begann, ohne dass seine Existenz unmittelbar bedroht war. Entsprechend wurde er auch in Israel kritisiert. Vorausgegangen waren allerdings Terrorangriffe auf israelische Diplomaten in Paris, ein Attentatsversuch auf den israelischen Botschafter in London sowie viele Raketenangriffe auf Israel aus dem Libanon. Das Mandat zum Einmarsch in den Libanon schloss allerdings Angriffe auf syrische Einheiten aus. Es sollte allein darum gehen, die Infrastruktur der PLO zu zerstören, um den Beschuss Israels zu beenden. Dazu sollten die PLO-Kämpfer aus dem Süden Libanons vertrieben werden. Mit diesen Beschränkungen hatte auch die amerikanische Reagan-Regierung grünes Licht gegeben. Der israelische Generalstabschef bestritt freilich später, eine solche Beschränkung für seinen Vormarsch erhalten zu haben. Im Laufe des Kriegsgeschehens veränderten sich dann die Kriegsziele bis zur völligen Zerstörung der PLO-Infrastruktur im ganzen Libanon und zur Vertreibung der syrischen Truppen, um Voraussetzungen für eine proisraelische Regierung in Beirut zu schaffen.

Bereits am zweiten Tag der Operation standen die israelischen Truppen 70 km im Land. Jetzt kam es doch zu Kämpfen mit syrischen Verbänden. Um eine weitere Eskalation zu verhindern, forderte Präsident Reagan von Premier Begin einen Waffenstillstand. Mit derselben Zielsetzung intervenierte die Sowjetunion bei Präsident Assad. Am 11. Juni wurde ein Waffenstillstand vereinbart, der auch die PLO einschloss. Im Raum Beirut hielt er jedoch nicht. Inzwischen war die Stadt von den Israelis eingekesselt. Begin hatte Reagan versprochen, die Stadt nicht zu besetzen. Ziel der Amerikaner war es jetzt, die PLO friedlich aus dem Libanon zu entfernen. Damit wäre auch der Grund für die Anwesenheit israelischer Truppen beseitigt gewesen. Zunächst aber fand sich kein arabisches Land, das bereit war, die PLO-Kämpfer aufzunehmen. Syrien wollte zwar Arafat und die politische Führung der PLO aufnehmen, nicht aber die palästinensischen Kämpfer. Zu groß war die Angst, sich damit einen Unruheherd ins Land zu holen. Schließlich fand sich Tunesien bereit, die PLO aufzunehmen.

Im August stimmten die Israelis der Entsendung einer UNO-Truppe zu, die den Abzug der PLO überwachen sollte. Anfang September war der Abzug von mehr als 10.000 PLO-Kämpfern abgeschlossen. Aber weder Syrien noch Israel zogen ihre Truppen ab. Nach der Ermordung des gerade erst gewählten christlichen Staatspräsidenten Gemayel kam es dann in Beirut erneut zu schweren Kämpfen, die vor allem zwischen christlichen und muslimischen Milizen ausgetragen wurden. Daraufhin wurde Beirut von der israelischen Armee besetzt. Dabei schlossen sie die bestehenden palästinensischen Flüchtlingslager ein, betraten sie aber nicht.

Am 16. September 1982 kam es zu dem zweitägigen Massaker in den Lagern Sabra und Schatila durch die christlich-maronitischen Milizen der Anhänger Gemayels. Die Zahl der Todesopfer ist umstritten. Die Zahl 300 wird genannt. Andere Quellen nennen Zahlen, die bis in den vierstelligen Bereich gehen.

Nach diesen Massakern wurde die gerade abgezogene UNO-Truppe wieder nach Beirut beordert. Um die Kämpfe zu beenden. Sie blieb dort anderthalb Jahre.

Die Vorgänge im Libanon hatten für Israel innenpolitisch schwerwiegende Folgen. Heftig kritisiert wurde vor allem, dass das israelische Militär das Massaker in den Flüchtlingslagern nicht verhindert hatte. Verteidigungsminister Scharon und Stabschef Eitan verloren ihre Posten. Im Herbst 1983 musste auch Premier Begin zurücktreten. Im Westen behaupteten manche, die Israelis selbst hätten gemordet. Das war zwar falsch. Aber die Armee hätte das Gemetzel verhindern können und hat es nicht getan. Das war in der langen Geschichte des Kampfes der Israelis um ihre Selbstbehauptung die vielleicht schwärzeste Stunde.

Israel hielt den südlichen Teil Libanons bis 1985 besetzt und richtete später eine sog. „Sicherheitszone“ dort ein. 1988 zog man sich endgültig zurück. Die Sicherheitszone aber erwies sich als so sicher nicht. Bald kam es erneut zu Angriffen. Die übernahm jetzt die vom Iran unterstützte Hisbollah.

13. Die Hisbollah

Die Hisbollah entstand 1982 als eine aus dem Untergrund operierende paramilitärische Organisation durch den Zusammenschluss mehrerer schiitischer Gruppen beim Widerstand gegen die israelische Invasion im Libanon. An den Kämpfen dort hatten auch 1500 Mitglieder von Khomeinis Revolutionsgarden teilgenommen. Sie sollten die islamische Revolution exportieren. Von Anfang an spielten geistliche Führer („Ajatollahs“) in der Hisbollah zentrale Rollen. Nach 1985 kam es zu schweren Kämpfen zwischen der Hisbollah und den von Syrien unterstützten „Amal-Milizen“. 1988/89 begann die Hisbollah Projekte zur sozialen und medizinischen Unterstützung schiitischer Libanesen, was ihr einige Popularität einbrachte.

Vor allem aber wurde die Hisbollah durch Terrorangriffe bekannt: Im November 1982 sprengten Selbstmordattentäter einen Posten der Israelis im Libanon in die Luft; 75 Soldaten starben. Im April 1983 wurden bei einem Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Beirut 63 Menschen getötet. Im Oktober starben 241 US-Marines und 58 französische Fallschirmjäger. 1992 verübte die Hisbollah ein Attentat auf die israelische Botschaft in Buenos Aires, das 22 Todesopfer forderte. 1994 wurde ein jüdisches Zentrum in der argentinischen Hauptstadt angegriffen. Dabei wurden 85 Menschenleben ausgelöscht. 2006 erhob die argentinische Justiz auch Anklage gegen Irans Ex-Präsident Rafsandschani. Nach dem Ende des libanesischen Bürgerkriegs und dem Abzug der Israelis griff die Hisbollah dann regelmäßig Militärstützpunkte im Norden Israels und auf den Golanhöhen an.

Seit 1992 agiert die Hisbollah auch als politische Partei, die sich an Parlamentswahlen im Libanon beteiligt. Sie erreicht etwa 10% der Wählerstimmen. Nach der Darstellung von Amnesty International hat die Hisbollah durch einen Überfall auf israelische Soldaten auf israelischem Territorium 2006 den zweiten Libanonkrieg provoziert. Da die Hisbollah zu dieser Zeit zwei Minister in der Regierung Libanons stellte, betrachtete Israel diesen Überfall auch als kriegerische Handlung des Libanon.

Nachdem die israelische Armee zuerst mit schweren Luftschlägen vorgegangen war, begannen am 23. Juli 2006 Bodentruppen mit der Invasion Südlibanons. Die Hisbollah reagierte mit Raketenangriffen auf israelische Städte. Auf dem Höhepunkt der Kämpfe wurden täglich ca. 200 Raketentreffer in Israel registriert. Der UN-Sicherheitsrat beschloss am 11.8.2006 eine Resolution, die die Stationierung regulärer libanesischer Truppen im Süden des Landes, eine UN-Mission mit 15.000 Soldaten und die Entwaffnung aller libanesischer Milizen einschließlich der Hisbollah vorsah. Auf dieser Grundlage trat drei Tage später ein Waffenstillstand in Kraft. Der vereinbarten Freilassung entführter israelischer Soldaten kam die Hisbollah niemals nach. 2008 wurden dann ihre Leichen gegen die Freilassung von fünf palästinensischen Terroristen aus israelischen Gefängnissen übergeben.

Die vollständige Entwaffnung der Hisbollah ist niemals vollzogen worden, im Gegenteil. Die Hisbollah bekam in der Zeit nach 2006 immer mehr Waffenlieferungen aus dem Iran. Der Versuch der libanesischen Regierung, die Entwaffnung durchzusetzen, führte zu solchen islamistischen Massenprotesten, dass das Projekt aufgegeben wurde. Auch ein zweiter Anlauf prowestlicher Parteien im Libanon scheiterte 2008.

Die Hisbollah sieht sich bis heute als Gemeinschaft gläubiger Muslime, die für die Verwirklichung eines islamischen Staates unter der Herrschaft religiöser Rechtsgelehrter kämpft und eine panislamische Idee über alle Staatsgrenzen hinweg vertritt. Vorbild ist die iranische Theokratie. Ganz

offen wird dabei auch die Ausschaltung der im Libanon lebenden christlichen Bevölkerung angestrebt. Die Existenz des Staates Israel will die Hisbollah niemals akzeptieren, sondern bis zur Vernichtung Israels weiterkämpfen. Der Kampf gegen Israel ist dabei zugleich ein Kampf gegen das internationale Judentum. 2017 hielt Hisbollah-Führer Nasrallah eine Rede, in der die Juden als „Nachkommen von Affen und Schweinen“ bezeichnet wurden. Auch Vorstellungen einer jüdischen Weltverschwörung und Ritualmorden, wie sie auch im Christentum des Mittelalters verbreitet waren, sind in den Hisbollah-Weltbildern verbreitet. Die Verwandtschaften zu den antisemitischen Weltbildern des deutschen Nationalsozialismus sind offensichtlich.

Als wichtigste geistliche Autorität gilt der Hisbollah heute der Führer der islamischen Republik Iran, Ajatollah Ali Chameini. Zur militärischen Stärke der Hisbollah schwanken die Zahlenangaben zwischen 3000 und 5000 aktiven Kämpfern und 20.000 „Reservisten“, die sich aus dem Iran rekrutieren ließen. Die Hisbollah ist mit Waffen aus iranischer, chinesischer und russischer Herkunft bestens ausgerüstet. Man geht davon aus, dass sie einen beträchtlichen Teil ihrer Einnahmen aus Schmuggel und Drogenhandel erzielt.

Die Hisbollah verfügt über eigene Fernseh- und Radiosender. Von der EU ist bis heute nur der militärische Arm der Hisbollah offiziell als Terrororganisation eingestuft worden. Die USA, Großbritannien, Kanada und seit 2019 auch Deutschland machen diese Differenzierung nicht. Die Anhängerschaft in Deutschland wird auf etwa 3000 Personen geschätzt. Mittelpunkt ist das iranisch-islamische Zentrum in Hamburg. Die Hisbollah erfährt Unterstützung auch aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

14. Die erste Intifada, der Aufstieg der Hamas und der Golfkrieg 1990/91

Im Dezember 1987 begannen mit der „ersten Intifada“ anhaltenden gewalttätige Zusammenstöße zwischen Palästinensern und der israelischen Armee im Westjordanland und in Gaza. Auslöser war ein Zusammenstoß eines israelischen Militärlastwagens mit zwei palästinensischen Taxis, bei dem vier Araber ums Leben kamen. Unter den Palästinensern verbreitete sich das Gerücht, der Unfall sei in Wahrheit eine Racheaktion für einen zuvor im Gazastreifen erstochenen Israeli gewesen. Die 1986 in Hebron gegründete Hamas übernahm die Führung der folgenden Proteste und schürte regelrechte Aufstände gegen die israelischen Soldaten vor allem in Gaza. Während der Begräbnisse der vier Toten kam es zu schweren Ausschreitungen. Auch im Westjordanland gingen Palästinenser auf die Straße; Kinder bewarfen Panzer mit Steinen, Autoreifen brannten.

Für die PLO in Tunis kam der Aufstand überraschend. Seit dem Beginn der israelischen Besetzung 1967 hatte die palästinensische Bevölkerung widerwillig, aber kooperativ unter der israelischen Militärverwaltung gelebt. Nun wurde die Zusammenarbeit über Nacht eingestellt. Läden wurden nur noch stundenweise geöffnet, palästinensische Polizisten kündigten massenhaft, Abgaben und Steuern wurden nicht mehr entrichtet. Überall tauchte jetzt die verbotene Flagge Palästinas auf. Zugleich entlud sich der Frust der sehr jungen Bevölkerung, in der es eine hohe Zahl von Arbeitslosen gab, in gewaltsamen Aktionen. Diese beschränkten sich allerdings weitgehend auf Steinwürfe und Molotow-Cocktails, die unterschiedslos gegen Soldaten, Zivilisten und israelische Siedler geworfen wurden. Bis 1991 kamen 609 Palästinenser und 18 Israelis ums Leben.

Für die als Ableger der islamistischen ägyptischen Muslimbrüderschaft entstandene Hamas bedeutete die erste Intifada einen politischen Durchbruch. Dabei herrschte unter den Palästinensern bald eine grausame Lynchjustiz. Menschen, die mit den israelischen Behörden weiter zusammenarbeiteten, wurden verfolgt und ermordet. Das galt z.B. oft für Bürgermeister und Polizisten. Eine Quelle spricht von 700 Opfern dieser Lynchjustiz.

Israel versuchte, Widerstand und Streiks gewaltsam zu brechen. Man ging mit Stockschlägen gegen Steine werfende Kinder vor. Obwohl der Befehl ausgegeben wurde, keinesfalls auf Kinder zu schießen, wurden bis 1991 allein 106 Kinder getötet. Ein Video zu einem Steinewerfer, dem Arme und Beine gebrochen wurde, ging um die Welt und verdunkelte das Ansehen Israels. Ab Herbst 1988 ging die Armee mit Gummigeschossen vor. Lang andauernde Ausgangssperren wurden verhängt, manchmal auch Strom und Wasser abgestellt. Jüdische Siedler, die mit Steinen attackiert wurden, schossen zurück.

Während die Intifada noch andauerte, beschloss die PLO im November 1988 die Proklamation des Staates Palästina. Sie bezog sich ausdrücklich auf die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates (vgl. oben). Bis 1989 hatten 65 Staaten Palästina anerkannt – zu dieser Zeit ein Staat ohne Staatsgebiet. Am Status der PLO bei der UNO änderte sich zunächst nichts. Erst seit 2012 hat Palästina eine ständige Vertretung bei der UNO.

Im Sommer 1990 überfiel der irakische Diktator Saddam Hussein das Nachbarland Kuwait. Den Hintergrund bildeten die gewaltigen Ölförderreserven dieses Landes. Nachdem der Irak sich geweigert hatte, die Forderung der UNO nach dem Rückzug aus Kuwait zu erfüllen, begann im Januar 1991 eine Koalition von 33 Staaten unter Führung der USA mit einer Militäroperation („Desert Storm“). Rasch wurden die irakischen Truppen aus Kuwait vertrieben. PLO-Führer Arafat hatte Partei für Saddam Hussein ergriffen. Das führte unmittelbar nach dem Rückzug der irakischen Verbände aus Kuwait zur Vertreibung der großen Mehrheit der in Kuwait lebenden ca. 450.000 Palästinenser, die in mehreren Schüben seit 1948 dorthin gekommen waren. Sie waren dort meist relativ wohlhabend geworden, hatten aber nie die vollen Bürgerrechte erhalten. Arafat selbst hatte lange in Kuwait gelebt und war dort ein erfolgreicher Bauunternehmer geworden.

Der zweite Golfkrieg (der erste war der Krieg zwischen Irak und Iran, in den achtziger Jahren) war zugleich ein innerarabischer Konflikt. Saudi-Arabien, Ägypten, Syrien, Marokko, der Oman und Bahrein stellten Truppenkontingente für die internationale Koalition, die Saudis und Ägypten sogar relativ große. Die PLO aber unterstützte Saddam. Schon einen Tag nach dem Beginn von „Desert Storm“ begann der Irak mit der Beschießung Israels mit Raketen. Saddam Hussein versuchte, mit dem Angriff auf den gemeinsamen Feind Israel eine Solidarisierungswelle in der arabischen Welt zu erzwingen. Er scheiterte jedoch damit. Die Amerikaner entsandten rasch Flugabwehrraketen nach Israel. Auch in Deutschland, das sich aus der ganzen Operation gegen den Irak nicht beteiligen mochte, sorgte dieser Raketenüberfall für Diskussionen, ob man Israel nicht helfen müsse. Grünen-Sprecher Ströbele musste seinerzeit zurücktreten, nachdem er öffentlich erklärt hatte, die Raketenangriffe seien eine Konsequenz der israelischen Politik. Viel wichtiger aber war: Mit dem Golfkrieg kam die Unterstützung der Golfstaaten für die PLO zum Erliegen. Die PLO war geschwächt.

15. Der Oslo-Prozess

Im Oktober 1991 fand in Madrid eine Konferenz statt, die einen Friedensprozess für den Nahen Osten in Gang bringen sollte. Beteiligt waren Israel, der Libanon, Jordanien, Syrien, die USA und die Sowjetunion. Beteiligt waren auch palästinensische Vertreter ohne offene Verbindung zur PLO. Sie bildeten einen Teil der jordanischen Delegation. Sie hielten freilich stets Kontakt zur PLO-Führung. Ziel der Verhandlungen waren zunächst Interims-Selbstverwaltungsvereinbarungen zu den von Israel besetzten Palästinensergebieten. Danach sollten Verhandlungen über einen dauerhaften Status folgen.

Nach vielen multilateralen Gesprächsrunden kam es 1994 zu einem israelisch-jordanischen Friedensvertrag. Schwieriger war eine Verständigung zwischen Israel und der PLO. Nach intensiven inoffiziellen Kontakten beider Seiten, die in Oslo stattfanden, kam es schließlich am 13.9.1993 in Washington unter Vermittlung von US-Präsident Clinton zu einer Rahmenvereinbarung zwischen

Israels Premierminister Rabin und Arafat, die als Oslo-Abkommen bezeichnet wird. Das Abkommen sah den Abzug der israelischen Armee aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen und eine palästinensische Selbstverwaltung dort vor. Nach einer Übergangszeit sollte ein dauerhafter Status für diese Territorien ausgehandelt werden. Mit dem Abkommen über die palästinensische Teilautonomie in Gaza und dem Gebiet von Jericho konnte die palästinensische Autonomiebehörde geschaffen werden. Im Juli 1994 wurde Yassir Arafat ihr erster Präsident. Israel akzeptierte die PLO, bis dahin aus ihrer Sicht eine Terrororganisation, als offizielle Vertretung der Palästinenser. Die PLO strich die Passagen aus ihrer Charta, die die Vernichtung Israels als Ziel nannte. Konfliktrichtige Punkte wie die Zukunft Jerusalems oder die Flüchtlingsfrage sollten später geklärt werden.

Das Abkommen löste weltweit große Hoffnungen aus. Rabin, Arafat und Israels Außenminister Peres erhielten 1994 den Friedensnobelpreis. Die Knesset ratifizierte den Vertrag – die PLO freilich nicht. Noch aber schien die Sache zu laufen: 1995 unterzeichneten Rabin und Arafat ein „Interimsabkommen über das Westjordanland und den Gazastreifen“. Das Gerüst für einen künftigen Palästinenserstaat und eine „Zwei-Staaten-Lösung“ schien errichtet, nur noch ein paar – allerdings schwierige – Detailfragen offen.

Im Herbst 1995 wurde Jitzchak Rabin von einem rechtsradikalen jüdischen Studenten erschossen. Sein Nachfolger Simon Peres setzte seinen Kurs jedoch zunächst fort.

Dass der ganze Prozess aber noch längst nicht gelaufen war, zeigte sich durch eine ganze Serie von Selbstmordanschlägen auf Israelis im Frühjahr 1996. Unter dem Eindruck dieser neuerlichen Eskalation gewann Oppositionsführer Benjamin Netanjahu die israelischen Parlamentswahlen im Mai 1996. Er schloss zwar ein Abkommen, dass die baldige Übergabe weiterer Gebiete an die palästinensische Autonomiebehörde vorsah. Das Abkommen aber war in seiner eigenen Regierung umstritten, wurde von den rechten Koalitionspartnern Netanjahus abgelehnt und dann auch nicht so zügig wie vorgesehen umgesetzt. Streitpunkte bildeten auch immer wieder die Auflösung der jüdischen Siedlungen, die im Westjordanland nach 1967 entstanden waren.

Im Mai 1999 wurde Ehud Barak Nachfolger des vom Parlament gestürzten Premier Netanjahu. Er schloss im Juli 1999 ein Abkommen mit Arafat, in dem weitere Gebiete der Autonomiebehörde übergeben und ein Siedlungsstopp vereinbart wurde. Ungeklärt blieben weiterhin die Frage nach dem künftigen Status von Jerusalem, die Flüchtlingsfrage und der Status jüdischer Siedlungen im palästinensischen Gebiet.

Im Juli 2000 fand schließlich auf Vermittlung von Bill Clinton jenes als Camp David II bezeichnete Treffen von Arafat und Barak in Washington statt, das für die weitere Entwicklung der Region von so entscheidender Bedeutung werden sollte. Barak bot Arafat für seinen Staat 90% des Westjordanlands, den Gazastreifen und Ostjerusalem als Hauptstadt des neuen Staates Palästina an. Der Tempelberg sollte allerdings nicht dazugehören. Ein internationaler Fonds sollte Palästinenser für verlorenes Land entschädigen.

Doch Arafat ging das Angebot nicht weit genug. In den Verhandlungen erweiterte Barak sein Angebot noch bis auf 97% des Westjordanlandes. Danach wären nur noch ganz wenige der damals ca. 200 jüdischen Siedlungen im Westjordanland übriggeblieben. Doch Arafat lehnte weiter ab. Er verlangte ein vollständiges Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge und das israelische Eingeständnis einer Mitschuld für die Entstehung des Flüchtlingsproblems zu tragen. Barak hielt dagegen, dass ein Großteil des Flüchtlingsproblems durch die von den Arabern seit 1948 begonnen Kriege entstanden sei. Dazu verwies er auf die 850.000 Juden, die seit 1948 aus ihren arabischen Heimatländern vertrieben worden seien. Auch beim künftigen Status von Tempelberg und Klagemauer lehnte Arafat ab.

Niemals von 1948 bis heute war eine Lösung des Palästina-Problems so nahe wie in jenem Juni 2000 in Washington. Natürlich kann niemand wissen, was geschehen wäre, hätte man sich geeinigt. Radikale Palästinensergruppen hätten die Einigung vermutlich nicht akzeptiert, eine solche Lösung vielleicht sogar durch gezielte Terrorakte gegen Israel „zerbombt“. Vielleicht hätte Arafat seine Unterschrift auch nicht überlebt. Sicher hätten auch israelische Siedler im Westjordanland gewaltige Probleme gemacht. Es gab zu dieser Zeit schon fast 200.000. Aber das alles ist spekulativ.

Nicht spekulativ ist, dass es eine große Chance war, die damals vergeben wurde. Es ist nicht ganz einfach, genau zu ermitteln, woran die so nahe Verständigung dann doch gescheitert ist. Fest steht, dass Israel bereit war, die ganz große Mehrheit der jüdischen Siedlungen, die nach 1967 auf der Westbank entstanden waren, aufzugeben. Fest steht auch, dass Israel die Vereinbarung von 1978, die Sinaihalbinsel komplett zu räumen, eingehalten hatte. Dort hatte man die jüdischen Siedlungen gegen heftigen Widerstand der Siedler geräumt, z.T. gewaltsam. Es gab demnach keinen überzeugenden Grund, daran zu zweifeln, dass man das auch diesmal tun würde. Fest steht ferner, dass Bill Clinton Arafat die Schuld am Scheitern gegeben hat. Efraim Karsh zitiert ihn so: „You have been here for fourteen days and said no to everything“. Der saudische Botschafter in Washington kommentierte den Fehlschlag im Interview mit der New York Times so: „Seit 1948 haben wir (die Araber, H.K.) jeden Vorschlag auf dem Verhandlungstisch abgelehnt. Sobald wir einverstanden sind, ist es zu spät. Dann müssen wir uns mit weniger abfinden. Ist nicht endlich die Zeit gekommen, ja zu sagen? Wenn wir diese Chance verlieren, wird es keine Tragödie sein, sondern ein Verbrechen“.

Bald schon zeigte sich, wie schwer der Rückschlag für den Friedensprozess war. Mit dem Ausbruch der zweiten Intifada (vgl. unten) war der Friedensprozess schon wenige Monate später praktisch kaputt. Eine neue Verhandlungsrunde in Ägypten blieb im Januar 2001 ohne Ergebnis. Die Enttäuschung über das Scheitern führte auch zu einem Rechtsruck in der israelischen Politik. Barak wurde von Ariel Scharon abgelöst.

Die zweite Intifada zwischen 2000 und Anfang 2005 war im Gegensatz zur ersten von deutlich größerer Militanz gekennzeichnet. Von ihrem Beginn waren Terrorangriffe und Selbstmordattentate der Hamas und anderer militanter Gruppen ihr wichtigstes Element. Von 2000 bis 2004 wurden bei 425 Terrorangriffen auf israelische Städte und Dörfer insgesamt 377 Israelis getötet. Dass die Verständigungsbereitschaft der israelischen Bürger dadurch nicht gerade gefördert wurde, liegt auf der Hand. Umgekehrt wird dem damaligen Noch-Oppositionsführer Scharon eine Mitschuld am Ausbruch der Intifada gegeben. Er hatte „in provozierender Absicht“ (FAS vom 5.11.2023) das Plateau des muslimischen Felsendoms besucht.

Auf die verlustreichen Terroranschläge im israelischen Kernland antwortete die Regierung Scharon mit militärischen Maßnahmen im Westjordanland und mit dem Bau von Sperranlagen zwischen Israel und jüdischen Siedlungsgebieten einerseits und dem Palästinensergebiet andererseits. Arafat wurde in seinem Hauptquartier in Ramallah isoliert. Im Mai 2003 marschierten israelische Truppen ins Westjordanland und den Gazastreifen ein und zerstörten Einrichtungen der Autonomiebehörde.

Die stark gestiegene Militanz war in erster Linie die Konsequenz der wachsenden Rolle islamistischer Organisationen wie der Hamas, die für den Großteil der Selbstmordanschläge auf die israelische Bevölkerung verantwortlich zeichnete. So übernahm die Hamas die Verantwortung für Bombenattentate auf zwei Schulbusse in Israel.

Am 11. November 2004 starb Yassir Arafat. Er war über 35 Jahre die bei weitem wichtigste Führungsfigur der Palästinenser gewesen. Er hatte dabei einen weiten Weg vom Terroristen, der in Flugzeugentführungen ein probates Mittel der Politik sah, bis zum Staatsmann zurückgelegt und war dann sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. In der vermutlich wichtigsten Stunde seines politischen Lebens in Washington 2000 aber war er nicht gesprungen. Vielleicht spürte er auch

schon, dass sein Einfluss nicht mehr ausreichen würde, um den Frieden auch durchzusetzen. Zuletzt war er isoliert. Angesichts der anhaltenden Selbstmordanschläge hatten die Israelis in ihm auch keinen Verhandlungspartner mehr gesehen.

Anfang Februar 2005 traf sich Premier Scharon mit dem neuen Chef der Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas. Dieser Tag gilt als das Ende der Zweiten Intifada. Die Selbstmordanschläge wurden deutlich seltener und die israelische Armee hörte auf, gezielte Tötungsaktionen gegen Terroristen vorzunehmen und Wohnhäuser von Terrorverdächtigen zu zerstören. Im August 2005 begann die Räumung aller jüdischen Siedlungen in Gaza und vieler Siedlungen im Westjordanland. Dabei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Siedlern und der Armee. Ende 2005 war Gaza komplett geräumt. Israel sah sich also trotz allem offenbar doch an die Vereinbarungen aus den neunziger Jahren gebunden.

16. Der Aufstieg der Hamas und der Konflikt mit der Fatah

Die ursprünglich eher säkulare PLO und ihre stärkste Fraktion, die Fatah, hatte mit ihrer Gallionsfigur Yassir Arafat jahrzehntelang erfolgreich einen Absolutheitsanspruch auf die Vertretung palästinensischer Interessen erhoben. Etwa seit der Jahrtausendwende aber begann sie sichtbar an Einfluss zu verlieren. Zur stärksten „innerpalästinensischen“ Opposition entwickelte sich die aus der ägyptischen Muslimbrüderschaft hervorgegangene Hamas (vgl. oben), in der sich der Kampf gegen Israel mit der Ideologie von der Notwendigkeit eines im Sinne der Bekämpfung der Ungläubigen verstandenen Dschihads verbindet. Auch wenn die Hamas einen sunnitischen Zweig des Islam verkörpert, gibt es insoweit Parallelen zur Hisbollah. Der Oslo-Friedensprozess wurde von der Hamas als „Verrat am Willen Gottes“ abgelehnt.

1993 begann die Hamas mit Selbstmordanschlägen in Israel, ab 1994 auch gegen Zivilisten. Mit der zweiten Intifada wurde diese Strategie ab 2000 ausgeweitet. Als mit der sog. „Roadmap“ 2002 ein neuer Friedensplan zwischen der Autonomiebehörde, Israel und militanten Gruppen vereinbart werden sollte, sorgte die Hamas mit einem Attentat in Jerusalem dafür, dass der Waffenstillstand gerade einmal zwei Monate hielt.

Bis 2006 hatte die Hamas eine Beteiligung an Wahlen abgelehnt. 2006 aber beteiligte sie sich doch an den Wahlen zum palästinensischen Legislativrat. Sie erhielt 44% der Stimmen und die absolute Mehrheit der Mandate. Als Gründe dafür spielten die Frustration über die gewaltige Korruption der Fatah eine zentrale Rolle, aber auch ein gewisses soziales Engagement der Hamas. Nach dem Wahlergebnis wurden die Zahlungen der USA und der EU an die Autonomiebehörde zunächst eingestellt. Nach Bildung einer Koalition von Hamas und Fatah aber wurden sie wieder aufgenommen.

Doch die Koalition funktionierte nicht. Bald nahmen die Konflikte zwischen beiden Seiten wieder zu. Seit 2007 trugen sie bürgerkriegsähnliche Züge. Der Hamas gelang es, die Kontrolle über Gaza zu erlangen. Viele Fatah-Kämpfer mussten ins Westjordanland oder nach Ägypten fliehen. Im Westjordanland dagegen wurden die Hamas-Kämpfer 2007 entwaffnet. Hier behielt die Fatah die Oberhand. Dies führte zu einer faktischen Teilung der Autonomiebehörde, die bis heute fortbesteht. Wahlen hat es seit 2006 nicht wieder gegeben.

In den Kämpfen zwischen Hamas und Fatah sind in dieser Zeit mindestens 116 Menschen getötet worden. Verschiedene Versöhnungsversuche sind immer wieder gescheitert. So ist die Lage bis heute.

Als Reaktion auf die Angriffe der Hamas führte Israel führte die israelische Armee zur Jahreswende 2008/2009 eine Militäraktion gegen Gaza durch. Als Ziel wurde die Zerstörung der Hamas-

Infrastruktur und die Vernichtung der Hamas als Organisation genannt. Die Kämpfe dauerten bis Mitte Januar 2009 und wurden durch eine einseitige Waffenstillstandserklärung Israels beendet. Dabei sollen etwa 1500 Palästinenser getötet worden sein.

Die Reaktionen in der westlichen Welt von damals erinnern an unsere Tage. US-Präsident Bush und Angela Merkel bekräftigten das Recht Israels auf Selbstverteidigung und sahen die Schuld allein bei der Hamas. Frankreichs Präsident Sarkozy dagegen warf Israel „unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt“ vor. Erdogan hielt die israelischen Luftangriffe sogar für „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Die Fatah, die unter Arafat für einen säkularen palästinensischen Staat eintrat, wurde während des Kalten Krieges als Teil der weltweiten sozialistischen Bewegung wahrgenommen und erhielt beträchtliche Zuwendungen ihrer Verbündeten aus dem Ostblock. In den umliegenden arabischen Staaten aber wurde sie trotz aller Bekenntnisse zu Palästina durchaus kritisch, jedenfalls misstrauisch, gesehen und z.T. sogar bekämpft. Aus Jordanien wurde sie blutig vertrieben und im Libanon trug sie maßgeblich zu jahrzehntelangen Bürgerkriegen bei.

Nach dem Ende des Kalten Krieges führte Arafat die Fatah und die ganze PLO zunächst zu erfolgversprechenden Friedensverhandlungen mit Israel. Endgültig seit 1993 galt Arafat in der westlichen Welt als legitimer Vertreter palästinensischer Interessen und wurde auch von ihr finanziert. Genau das aber begünstigte den Aufstieg der Hamas. Dazu kamen Korruption und Misswirtschaft. Antiwestliche Staaten wie der Iran und Syrien unterstützten denn auch die Hamas sowohl ideologisch wie finanziell, während Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien die islamistische Bewegung, zu der ja auch die Hamas gehört, aus ihren jeweils eigenen Gründen als Gefahr sehen und bekämpfen. Die Spaltung der arabischen Welt lässt sich übrigens auch im Medienbereich feststellen: Während der staatlich kontrollierte katarische Sender Aljazeera eine sehr freundliche Hamas-Berichterstattung ausstrahlt und Hamas-Kämpfer zu Helden und Märtyrern macht, berichtet der saudische Sender Al Arabiya viel distanzierter.

17. Die Entwicklung seit 2010

Die Hamas setzte auch nach 2010 ihre Raketenangriffe auf Israel aus Gaza fort. 2012 wurden erstmals auch Tel Aviv und Jerusalem attackiert. 2012 reagierte die Armee mit einem Gegenangriff. Nachdem sich der Beschuss israelischer Siedlungen und Städte in der Folgezeit noch weiter intensiviert hatte, drangen die Israelis 2014 erneut in Gaza ein. Die Position der Hamas hatte sich zwischenzeitlich verschlechtert, weil sie sich im syrischen Bürgerkrieg gegen den vom Iran gestützten Assad gestellt hatte. Es heißt, damit seien Zahlungen in Höhe von 20 Mio Dollar im Monat aus Teheran weggefallen.

Nach Artillerie- und Luftangriffen drangen am 13. Juli 2014 israelische Kommandotruppen in Gaza ein. Bis Ende August dauerten die Kämpfe, die nach UN-Zahlenangaben etwa 1800 palästinensische Opfer kosteten. Israel hatte dagegen „nur“ 45 Tote zu beklagen, Zivilisten eingerechnet. Die hohe Zahl der arabischen Opfer wird als Folge der Hamas-Strategie betrachtet, Menschen in Gaza als Schutzschild zu benutzen. Bei ihrem Vormarsch entdeckten die Israelis zahlreiche Tunnelanlagen. Die Hamas nutzten auch Schulen, Krankenhäuser und andere nach dem Völkerrecht geschützte Einrichtungen als Schutz für ihr Tunnelsystem. 2014 erschienen auch zahlreiche Berichte über die Ermordung angeblicher Kollaborateure durch die Hamas, darunter mindestens 30 Fatah-Leute.

Auf die Anklagebank aber setzten viele die Israelis. Türkenpräsident Erdogan kommentierte, die Israelis hätten „kein Gewissen, keinen Stolz. Jene, die Hitler Tag für Tag verurteilen, haben Hitler in Sachen Barbarei übertroffen“. Ajatollah Ali Chameini bezeichnete Israel als „tollwütigen Hund“. Er forderte alle Muslime auf, die Palästinenser mit Waffen zu unterstützen, damit sie sich gegen diesen

„Völkermord“ wehren könnten. In vielen westlichen Ländern kam es zu Demonstrationen und judenfeindlichen Ausschreitungen. In Paris brannten eine Synagoge, ein koscherer Supermarkt und eine jüdische Apotheke. In Berlin skandierten Demonstranten „Kindermörder Israel“.

Aufschlussreich für die aktuelle Diskussion über die Verhältnismäßigkeit der Mittel bei der Wahrnehmung des Selbstverteidigungsrechts ist der Bericht einer „High Level Military Group“, die aus hochrangigen Militärs besteht (u.a. der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann) und die Anfang 2015 geschaffen wurde, um das Verhalten der israelischen Armee während der Aktion in Gaza zu untersuchen. Der Bericht der Gruppe hebt zunächst den asymmetrischen Charakter des Konflikts hervor, in dem ein demokratischer Staat einen Gegner bekämpft, der das Kriegsvölkerrecht missachte, gleichzeitig aber den Umstand auszunutzen suche, dass der Gegner das Völkerrecht einhalte. Dann wird festgestellt, dass das Vorgehen größtenteils auf einer gezielten völkerrechtswidrigen Einbettung seiner Militäroperationen in eine urbane zivile Infrastruktur beruhe, um das israelische Militär zu zwingen, in diesen urbanen Zentren zu kämpfen, was zu den schwierigsten Herausforderungen in der Kriegsführung überhaupt zu zählen sei.

Der Bericht weist der Hamas die alleinige Verantwortung für den Gaza-Konflikt von 2014 zu. Israel sei in den Konflikt hineingezwungen worden und habe das Recht gehabt, seine Zivilbevölkerung vor den andauernden Raketenangriffen zu schützen. Israels militärische Reaktion sei gerechtfertigt gewesen. Israel habe während der gesamten Operation die höchsten Standards erfüllt, die in der westlichen Welt für Militäroperationen gelten. Das Kriegsvölkerrecht sei dabei vollständig eingehalten worden. Wenn es in Einzelfällen zu Verstößen kam, seien diese untersucht und geahndet worden.

Die Hamas dagegen habe auf terroristische Taktiken zurückgegriffen. Sie habe durch die gezielte Einbettung ihrer Operationen in von der Zivilbevölkerung dichtbewohnten Gebieten Verluste der eigenen Zivilbevölkerung nicht nur in Kauf genommen. Diese Verluste seien sogar wesentlicher Teil ihres Konzepts. Hierzu habe auch die Wahl des militärischen Hauptquartiers in einem der größten Krankenhäuser Gazas gezählt. Es sei sogar die Strategie der Hamas, eigene Verluste zu maximieren, um Israel gezielt zu delegitimieren (vgl. High Military Group, An Assesment of the 2014 Gaza Conflict, Okt. 2015)

2010 war es durch Vermittlung von Barack Obama zur Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zwischen Israel und den Palästinensern gekommen. Sie verliefen ergebnislos. Dabei kann nicht unerwähnt bleiben, dass sich die israelischen Regierungen dieser Zeit in der Frage der jüdischen Siedlungen auf der Westbank angreifbar machten. Obwohl in der „Road Map“, die sie ja 2002/2003 unterzeichnet hatten, zugesichert hatten, alle weiteren Siedlungsaktivitäten einzustellen, sah die Wirklichkeit anders aus. Allein zwischen 2002 und 2009 wuchs die jüdische Bevölkerung in der Westbank von 210.000 in 2002 bis auf 290.000 in 2009. So konnte der Eindruck entstehen, auch die israelische Seite sei am Zustandekommen einer Zwei-Staaten-Lösung gar nicht mehr interessiert. 2016 hat der UN-Sicherheitsrat den israelischen Siedlungsausbau im Westjordanland als Verletzung des internationalen Rechts klassifiziert. Die USA haben im Gegensatz zu anderen Gelegenheiten diesmal kein Veto eingelegt.

2018 kam es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen am Sperrzaun zwischen Israel und Gaza. 2021/2022 wiederholten sich diese Vorgänge. Auch in Jerusalem, in anderen israelischen Städten und im Westjordanland eskalierte die Gewalt. Im Mai 2021 wurden in elf Tagen insgesamt 4360 Raketen auf Israel abgefeuert. Erneut bombardierten die Israelis danach Ziele in Gasa.

Wieder kam es international zu Protesten. Auch in Deutschland gab es Ausschreitungen: Bei einer pro-palästinensischen Demonstration in Berlin warfen Demonstranten Flaschen, Pyrotechnik und Steine auf Polizisten.

2022 setzte sich der beiderseitige Raketenbeschuss fort. Im April 2023 gerieten palästinensische Gläubige und die israelische Polizei in der Al Aqsa-Moschee in Jerusalem aneinander. Und es kam 2023 zu Raketenbeschuss aus dem Libanon. Und doch hat der 7. Oktober 2023 fast alle überrascht.

Ernsthafte neue Verhandlungsinitiativen in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung hat es seit 2010 nicht mehr gegeben. Im Januar 2018 stellte US-Präsident Trump gemeinsam mit Israels Premier Netanjahu zwar einen Friedensplan vor. Der aber wurde umgehend von Abbas zurückgewiesen. Der Beschluss der Regierung Netanjahu vom Juni 2023, den Bau von weiteren 4560 Wohneinheiten im Westjordanland zu genehmigen, konnte so gelesen werden, als habe sich Israel von der Zwei-Staaten-Lösung definitiv verabschiedet.

Allerdings kam es im Herbst 2020 zu diplomatischen Vereinbarungen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrein. Beide erkannten Israel als legitimen Staat an. Eine ähnliche Vereinbarung schien sich auch mit Saudi-Arabien anzubahnen. Der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat diese Annäherung zunächst einmal vereitelt. Vielleicht war dies sogar die erklärte Absicht der Terroristen.

Die Ereignisse des 7. Oktober 2023 müssen hier nicht mehr eigens nachgezeichnet werden. Jeder hat sie in den vergangenen Wochen mitbekommen. Deshalb hier nur so viel: Es war der in seinen Ausmaßen bei weitem größte Terrorangriff gegen Israel in seiner ganzen Geschichte. Schon die bloße Zahl der 1400 Todesopfer macht das klar. Und er gehört in seiner ungeheuren Brutalität, ja Bestialität, zum Schlimmsten, was Menschen anderen Menschen seit dem Holocaust angetan haben. Kein Staat der Welt kann so etwas einfach hinnehmen.

Die Reaktionen der Welt sind in mancherlei Hinsicht nicht sehr überraschend. Israel hatte außerhalb des Westens nie viele Freunde. Und dass aus dem Opfer ganz schnell der Täter gemacht wird – diese Erfahrung ist für Israel nicht neu. Dass der schändliche UN-Beschluss es freilich nicht einmal fertigbringt, die Urheber und Verantwortlichen für das, was jetzt geschieht, beim Namen zu nennen, ist eine Schande für die Weltgemeinschaft. Und Macron hat sogar zugestimmt.

Gutierrez hat gesagt, dass es eine Vorgeschichte gebe. Kontextualisierung heißt das neuerdings. Analytisch mag das sein. Was aber soll das eigentlich heißen im Blick auf Täter und Opfer? ? Hat der blindwütige Terrorist, der Babys zertrampelt, Anspruch auf mildernde Umstände, weil sein Urgroßvater vielleicht 1948 aus Israel geflohen ist? Nach oder in einem Krieg, den die Araber angefangen haben? Es gibt keine Rechtfertigung für diesen Terrorismus, Ende. Über alles andere lässt sich diskutieren. Natürlich auch über Fehler, die Israel begangen hat. Sicher ist die Siedlungspolitik im Westjordanland einer Einigung niemals dienlich gewesen. Und natürlich muss Israel als einziger demokratischer Staat der ganzen Region das Völkerrecht und die Verhältnismäßigkeit wahren – auch in der Auseinandersetzung mit einem Gegner, der sich darum einen Dreck schert. Das dürfte freilich in der Realität eines asymmetrischen Krieges mit einem buchstäblich zu allem entschlossenen Gegner nicht so einfach sein wie wir uns das in unseren behaglichen Wohnstuben wünschen. Manche Kritik ist auch einfach wohlfeil. Hinzu kommt eine Öffentlichkeit auch hierzulande, die allzu leicht für bare Münze nimmt, was die Hamas-Propaganda verkündet. Eben erst hörte ich im Radio die Meldung des HR, dass nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza bislang 3900 Kinder in Gaza ums Leben gekommen seien. Nicht einmal den Zusatz „diese Angaben lassen sich nicht von unabhängigen Stellen überprüfen“ hat man in der Redaktion für nötig gehalten.

Dass wir es in Deutschland mit importiertem Antisemitismus zu tun haben, war lange bekannt. In Berlin allein leben 30-40.000 Palästinenser. Woher kommt der Kinderglaube, dass die schon irgendwie die deutsche Erinnerungskultur lernen? Stattdessen haben wir uns lieber endlos an Gaulands natürlich schlimmem Wort von der Nazizeit als „Fliegenschiss“ in der deutschen Geschichte aufgehängt.

Dass manche Schwule, Queere und Feministinnen hierzulande auf Pro-Palästina-Demos mitlaufen, zeigt eine groteske Verirrung der Geister. Die FAZ hat neulich gefragt, ob das Bosheit oder bloß Dummheit sei. Und sich in der Antwort für die Dummheit entschieden. Vermutlich hat sie Recht. Von Greta Thunberg gar nicht zu reden. Ihr berühmt gewordenes „How dare you“ richtet sich jetzt gegen sie selber.

Schlimmer ist das in Amerika. Man konnte dieser Tage lesen, dass Biden mit seinem Pro-Israel-Kurs auf Widerstände beim linken Flügel der Demokraten stößt. Das kann gewaltige Folgen haben. Und über die Zustände an den angeblichen „Elite-Universitäten“ konnte man ja genug Erschreckendes in diesen Wochen lesen.

78 Jahre nach dem Ende des Holocaust hat die Welt noch immer oder wieder ein Antisemitismus-Problem. Andere erkennbar noch schlimmer als wir. Und als neuer Führer dieser antisemitischen Internationale empfiehlt sich derzeit vor allem der türkische Präsident Erdogan. Er wird in Kürze Deutschland besuchen.

18. Ein Fazit

Dass es den Staat Israel überhaupt gibt, ist nicht nur ein Ergebnis des Holocaust. Die zionistische Bewegung ist ja nicht erst 1941 entstanden. Sie ist Ergebnis immer wiederkehrender Pogrome gegen die Juden in vielen Teilen Europas, wobei der Juden Hass im Zarenreich eine besondere Rolle gespielt hat. Und niemand kann wissen, was geschehen wäre, wenn Adolf Hitler bei den Wahlkämpfen 1932 mit dem Flugzeug abgestürzt wäre. Vielleicht hätte sich die wachsende Einwanderung von Juden nach Palästina dann schrittweise vollzogen, langsamer, hätte sich das Konfliktpotential mit den Arabern besser abfedern lassen.

Aber es war nicht so und so ist es dann eben doch der Holocaust gewesen, der das Votum der UNO zur Gründung Israels in dieser Form erst möglich gemacht hat. Eine Heimstatt für die Überlebenden der Shoah zu schaffen, wie Staatsgründer Ben Gurion das ausgedrückt hat, das war ein Argument von großer moralischer Überzeugungskraft. Und daraus ergibt sich auch eine besondere moralische Verpflichtung für uns als Nachfahren der Täter und Mörder von damals.

Anders sahen das von Anfang an die arabischen Nachbarn. Was hätten sie eigentlich mit den Juden gemacht, hätten sie den Palästina-Krieg 1948 gewonnen? Hätten sie sie ins Meer gejagt, in Lager gesperrt, Judengettos errichtet oder sie gleich umgebracht drei Jahre nach dem Ende der Nazibarbarei? Israel musste diesen Krieg gewinnen und es war unausweichlich, dass sich der Staat hernach bis an die Zähne bewaffnete. Was sonst hätten die Israelis in dieser feindlichen Umgebung tun können? Dass David Ben Gurion schon 1953 bereit war, ein Abkommen mit Adenauer zu schließen, nur acht Jahre nach dem Ende unfassbarer Verbrechen der Deutschen an den Juden, wirkt im Vergleich mit Starrsinn und Sturheit der Araber gegenüber Israel über viele Jahrzehnte fast unfassbar großmütig. Dass Adenauer damals die Mehrheit seiner eigenen Leute gegen sich und das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel hatte und die SPD-Opposition brauchte, um es im Bundestag durchzusetzen, wirkt dagegen peinlich und geschichtsvergessen.

Dass Israel sich in der Sueskrise 1956 von Großbritannien und Frankreich gewissermaßen benutzen ließ, um den europäischen Großmächten die Kontrolle über den Sues-Kanal zu erhalten, wirkt weniger zwangsläufig. Doch Amerika sprach ein Machtwort und so blieb alles wie es war.

Während es Israel trotz aller Schwierigkeiten gelang, die vielen jüdischen Flüchtlinge aus der arabischen Welt zu integrieren, wirkt der Umgang der Nachbarländer mit ihren palästinensischen Brüdern in den Folgejahren eher zynisch. Nirgends außer in Jordanien und Kuwait gab es so etwas wie eine Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaften dieser arabischen Staaten. Auch die

Saudis holten sich später ihre Arbeitsmigranten lieber in Pakistan und Indien als aus den Flüchtlingslagern der Palästinenser. Sie waren eher die Objekte für eine antiisraelische Propaganda, die seit den späten sechziger Jahren auch im Westen Wirkung entfaltete. Oder anders gesagt: Man brauchte sie als Opfer. Ansonsten wollte man tunlichst alles vermeiden, sich einen unberechenbaren Unruheherd in den eigenen Gesellschaften zu schaffen.

Die starre Haltung der arabischen Staaten musste lange jeden Lösungsversuch und jeden Ansatz vertraglicher Lösungen unmöglich machen. Gestützt wurde dies auch durch die Haltung der Sowjetunion, die seit ihrer „antizionistischen“ Wende am Beginn der 1950er Jahre im Kalten Krieg bemüht war, die arabische Welt auf ihre Seite zu ziehen. Dafür sprachen auch die sozialistischen Beiklänge von Nassers Panarabismus.

Der Sechstagekrieg von 1967 war eindeutig von Ägypten und Syrien provoziert. Dass Israel in dieser Lage einen Präventivkrieg begann und diesen triumphal gewann, war folgerichtig und nachvollziehbar. Es brachte das Land sodann in eine Position, in der Verhandlungen über „Frieden gegen Land“ dann erst möglich wurde. Weniger überzeugend war dann, dass man den Beginn einer jüdischen Besiedlung in den besetzten Gebieten zuließ, die für jeden späteren Friedensschluss zum Problem werden musste.

In den Jahren zwischen dem Sechstage- und dem Jom Kippur-Krieg bekam Israel auf zwei ganz unterschiedlichen Ebenen neue Gegner. Mit dem Aufstieg der PLO begann mit Terrorangriffen und Flugzeugentführungen eine neue Art der „asymmetrischen Kriegsführung“. Und mit der Identifikation von großen Teilen der Neuen Linken im Westen mit den Palästinensern als einer „antiimperialistischen“ und damit progressiven Kraft wurde auch die Unterstützung durch den Westen unsicherer. Es ist aus dem historischen Abstand frappierend, nachzuvollziehen, wie sehr die Terroraktionen, vor allem die Flugzeugentführungen, der PLO geholfen haben, jenen öffentlichen Resonanzraum zu öffnen, der 1974 zu Arafats Auftritt vor der UNO und dem Beobachterstatus der PLO bei der UNO möglich gemacht hat.

Im Jom-Kippur-Krieg standen die Dinge anfänglich auf der Kippe: Israel war überrascht worden. Zwar gelang den Israelis mit amerikanischer Waffenhilfe ein neuerlicher militärischer Sieg. Doch eine Lösung der Grundfragen schien in weiter Ferne. In der arabischen Welt war man begeistert, dass man dem Erzfeind anfänglich hatte Niederlagen beibringen können.

Ab 1977 folgt dann ein Hoffnungsfunke: Es kommt zum Friedensschluss mit Ägypten. Präsident Sadat hat mit der Sowjetunion gebrochen und sucht die Annäherung zu den USA. Dazu passt die Aussöhnung mit Israel. Aber mit Syrien gelingt etwas Vergleichbares nicht und Sadat wird 1981 von Islamisten ermordet.

In dieser Zeit bereits wird eine folgenreiche Verschiebung deutlich. Hatte Israel in den ersten 30 Jahren seinen Kampf um die Behauptung seiner Existenz vornehmlich in Form von klassischen Staatenkriegen führen müssen, wird es jetzt zunehmend mit Gegnern konfrontiert, die keine staatliche Organisationsform repräsentieren, sondern in einer „asymmetrischen“ Form als Terrorgruppe o.ä. auftreten. Das zeigt sich dann schon im ersten Libanonkrieg. Hier treten ganz unterschiedliche nicht-staatliche Kontrahenten und Milizen auf. Die verwirrende Vielzahl unterschiedlicher Milizen und Verbände, die in dem von staatlichem Zerfall bedrohten Libanon auftreten, erschweren einen rationalen und effektiven Einsatz der militärischen Kräfte zur Abwehr der Bedrohung für die eigene Bevölkerung. Gleichzeitig steigt das Risiko für die Delegitimierung des eigenen Einsatzes militärischer Mittel. In den ersten Libanonkrieg 1982 fällt auch ein schwerer Fehler des israelischen Militärs: Man hätte verhindern müssen, dass die christlichen Milizen die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern begehen konnten.

Während die PLO sich zu mäßigen beginnt und schon 1988 ihre Programmatik abschwächt, beginnt der Aufstieg islamistischer Gruppen wie Hisbollah und Hamas. Das hat für Israel schwerwiegende Folgen. Denn zum Kampf gegen Israel tritt jetzt ein religiöses Motiv, dass mit dem Kampf gegen die Ungläubigen und für ein gottesstaatsähnliches System die Radikalität der Gegner vergrößert.

So bleibt die Verhandlungsbereitschaft der PLO seit dem Beginn der 1990er Jahre letztlich ohne durchschlagenden Erfolg. Wo Arafat offenbar kurz vor dem Einlenken steht, stehen bereits radikalere Kräfte bereit, die jedes Arrangement mit Israel als blasphemisches Teufelszeug betrachten. Trotzdem brachte der Oslo-Prozess die bei weitem größte Chance, den Teufelskreis zu durchbrechen und das endlose Gemetzel an ein Ende zu bringen. Es war natürlich ein durch eine verfehlte Siedlungspolitik im Westjordanland produziertes Handicap für die israelische Verhandlungsposition, dass jede israelische Regierung wusste, dass die umfassende Räumung der jüdischen Siedlungen im Westjordanland zu schweren Konflikten in Israel selbst führen würde. Aber Barak war in Washington nach amerikanischen Quellen bei 97%. Hätte Arafat da nicht springen müssen?

Die weitere Entwicklung folgt dann einem fatalen Reiz-Reaktions-Muster. Israel wird mehr oder weniger ständig mit Raketenbeschuss und Terrorattacken überzogen, muss sich wehren und gerät in Gefahr, auf die Anklagebank einer Öffentlichkeit zu geraten, die ihrerseits allzu oft zum Opfer einer perfiden Propagandastrategie von Terroristen wird. Sie können sich sicher sein, in der arabischen Welt eine Form der Unterstützung von Massen zu erreichen, die auch für vernünftige arabische Politiker zu einem Faktor wird, auf die Rücksicht genommen werden muss. Das Ganze begünstigt dann auch wieder nationalistische und rechtsextreme Kräfte in Israel, von denen zweifelhaft ist, ob sie ein Arrangement mit den Arabern überhaupt wollen. Die Entwicklung der Siedlungspolitik in der Westbank kann diesen Eindruck jedenfalls entstehen lassen.

Wenn denn die schreckliche Entwicklung nach dem 7. Oktober zu irgendetwas Besserem führen kann, dann ist das wohl nur nach einer definitiven Zerschlagung der militärischen Strukturen der Hamas denkbar. D.h., Israel muss diesen Krieg gewinnen und dann mit einer diplomatischen Offensive in die Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung aufwarten. Die Frage ist nur, wer dann der Partner auf der arabischen Seite sein könnte. Solange Abbas der Chef der Autonomiebehörde ist, wäre er der Ansprechpartner. Aber verfügt dieser angeblich hoch korrupte Mann überhaupt über genügend Macht, um irgendeinen Frieden durchzusetzen? Und wer wird in Gaza die Kontrolle übernehmen, wenn die Hamas geschlagen ist und Israel sich zurückzieht?

Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, aber die Chancen auf eine Friedenslösung im Nahen Osten standen wirklich schon mal viel besser.